

6 | 2026

HLZ

79. Jahr

Mitgliederzeitschrift der GEW Hessen



Außerschulische Lernorte

Rubriken

Kommentar: Ausstellung beim Hestentag	3
Meldungen: Fachlehrkräfte Änderung Schulgesetz	4
Recht: Fortbildung in Unterrichtszeit Altersermäßigung	34
Magazin: Jubiläen GEW begrüßt neue LiV	36
Kurz gefragt, Maike Wiedwald	38
Impressum Briefe	39

AuBerschulische Lernorte

Kinder- und Jugendfarm Dreieichhörnchen in Dreieich	6
Die Hardtgärten Kinder- und Jugendbauernhof in Gießen	7
EXPLORIKUS Science Center in Wetzlar	8
Naturwissenschaftliche Lernorte	9
Jüdisches Museum in Frankfurt	10
Gedenkstätte in Hadamar	11
Besucherbergwerk Grube Fortuna in Solms-Oberbiel	12
Gesellschaftskundliche Lernorte	13
Das BühnerHaus in Riedstadt-Goddellau	14
GRIMMWELT in Kassel	15
Hessisches Landesmuseum in Wiesbaden	16
TheaterGrueneSosse in Frankfurt	17

Einzelbeiträge

Neues Bündnis Bildung statt Abschiebung	18
GEW-Umfrage zu Rechtsextremismus an Schulen	20
Die Vorsitzenden der GEW Hessen zum Tag der Arbeit	22
Mehrsprachigkeit in der Schule	24
Wenn die Fortbildung zur Zusatzbelastung wird	26
Besuch der ukrainischen Gewerkschaft TUESWU	28
Biographie zum Antifaschisten Wilhelm Hammann	30
Demokratie leben: Wer schützt die Zivilgesellschaft?	32
Was hätte ich getan? Gedicht aus lea-Bildungsurlaub	33

Fortbildungsangebote von lea 40

Aus der Redaktion

Guter Unterricht ist nicht nur im Klassenraum möglich. Er zeichnet sich vielmehr oft gerade dadurch aus, dass das Lernen auch an Orten außerhalb des Schulgeländes stattfindet. In dieser HLZ wenden wir uns außerschulischen Lernorten in Hessen zu. Es gibt eine Vielzahl an Möglichkeiten, aus der wir hier nur eine – hoffentlich anregende – Auswahl vorstellen können. Die meisten der Museen und anderen Einrichtungen, die sich präsentieren, sind auch für jüngere Kinder im Kitaalter interessant. Viele haben auf Besuchergruppen aus dieser Altersgruppe zugeschnittene Angebote im Programm. Doch bis zu einem möglichen Besuch mit der eigenen Klasse oder der eigenen Kita-Gruppe werden sich die meisten Leser:innen ein wenig gedulden müssen, denn diese Ausgabe erreicht sie postalisch erst Mitte Juni – kurz vor Beginn der Sommerferien, in die wir in Hessen in diesem Jahr besonders früh starten. Die in unserem Titelthema vorgestellten Lernorte bieten sich oftmals allerdings durchaus auch für einen privaten Besuch an, egal ob mit oder gänzlich ohne pädagogische Hintergedanken. In diesem Sinne wünschen wir allen Leser:innen eine angenehme und erholsame Ferienzeit.

Katja Pohl & Roman George

1. Juli: Tarifierhöhung (TV-Hessen) und Anpassung der Mitgliedsbeiträge

Zum 1. Juli 2026 steigen die Entgelte der Tarifbeschäftigten beim Land Hessen um 3,0 Prozent, mindestens aber um 110 Euro monatlich (Tarifabschluss vom 27. März 2026). Die Tarifvereinbarungen für Beschäftigte der Goethe-Universität Frankfurt und der Technischen Universität Darmstadt vom 20. und 21. April 2026 sehen diese Anhebung gleichfalls vor. Die GEW Hessen passt die Mitgliedsbeiträge der betroffenen Tarifbeschäftigten entsprechend an. Der Innenminister hat zugesagt, diese Erhöhung zeitgleich und systemgerecht auf die Beamt:innen sowie die Versorgungsempfänger:innen zu übertragen. Ein Gesetzentwurf, der auch weiterreichende Änderungen zur amtsangemessenen Alimentation beinhaltet, wurde von der Landesregierung am 13. Mai vorgestellt. Die Verabschiedung durch das Parlament bleibt hinsichtlich einer Beitragsanpassung selbstverständlich abzuwarten.



Dieser HLZ liegt der Wandkalender für das Schuljahr 2026/2027 bei.

Krieg.Frieden.Ich.

Ausstellung beim Hessentag

Der Hessentag findet in diesem Jahr, in dem das Bundesland seinen 80. Geburtstag feiert, in Fulda statt. Der dortige Oberbürgermeister Heiko Wingenfeld erinnert daran, dass das Landesfest 1961 ins Leben gerufen wurde, um die Menschen zusammenzuführen. Doch auch diesmal wird sich dort zeigen, wie unterschiedlich der Blick auf die Rolle der Bundeswehr in unserer Gesellschaft ausfällt. Die Präsenz der Bundeswehr und ihre Ausstellung stoßen bei vielen auf Kritik – und das nicht ohne Grund. Ein Volksfest, das Begegnung, Kultur und Gemeinschaft feiern soll, wird damit auch zu einem Ort problematischer Botschaften. Gerade wenn militärische Themen dort sichtbar werden, stellt sich die Frage: Wie ausgewogen ist das Bild, das den jungen Menschen vermittelt wird?

In Zeiten, in denen über die Wiedereinführung der Wehrpflicht diskutiert wird, gewinnt diese Frage zusätzlich an Gewicht. Wer junge Menschen erreichen will, darf ihnen nicht nur eine Perspektive präsentieren. Die Perspektive der Bundeswehr ist nicht nur einseitig, mit ihrer Technikschaue und Karriereberatung setzt sie auch auf die „Überwältigung“ ihrer Zielgruppe. Daher braucht es ebenso Raum für die Auseinandersetzung mit den Folgen von Krieg und den persönlichen Konsequenzen eines Dienstes an der Waffe.

Die GEW fordert als Mitglied der Kampagne „Unter 18 nie!“ den Verzicht auf die Rekrutierung von Minderjährigen, wie sie von der UN-Kinderrechtskonvention vorgesehen ist. Unter Achtzehnjährige dürfen nicht in den Fokus militärischer Nachwuchsgewinnung geraten! Ebenso braucht es in Schulen keine einseitige Einflussnahme durch Jugendoffiziere, sondern plural besetzte Bildungsangebote, die verschiedene Perspek-



Heike Ackermann

tiven gleichberechtigt darstellen. Nur so kann echte Urteilsfähigkeit entstehen.

Genau hier setzt die Ausstellung „Krieg.Frieden.Ich.“ der GEW Hessen an. Wir zeigen sie in der Zeit des Hessentags vom 12. bis 19. Juni im Welcome in! Wohnzimmer in Fulda. Die Ausstellung eröffnet einen anderen Zugang, der nicht auf Rekrutierung oder Selbstdarstellung abzielt, sondern zum Nachdenken einlädt. Solche Angebote sind essenziell, um ein Gegengewicht zu schaffen und jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich eine eigene Meinung zu bilden.

Zugleich wird deutlich: Politische Bildung und Demokratiebildung gehören in die Hände ausgebildeter Fachkräfte. Lehrkräfte sind dafür qualifiziert, komplexe Themen wie Sicherheitspolitik, Krieg und Frieden pädagogisch fundiert, ausgewogen und kontrovers zu vermitteln. Demokratiebildung bedeutet dabei mehr als reine Wissensvermittlung. Sie befähigt junge Menschen, unterschiedliche Perspektiven auszuhalten, Argumente kritisch zu prüfen und sich aktiv an gesellschaftlichen Debatten zu beteiligen.

Gerade deshalb sind Kürzungen wie beispielsweise beim Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ ein falsches Signal. Wer ernsthaft möchte, dass junge Menschen sich ein differenziertes Urteil bilden können, muss politische Bildung und Demokratiebildung stärken. Schulen sind zentrale Orte, an denen solche Auseinandersetzungen professionell begleitet werden können, ohne einseitige Interessen in den Vordergrund zu stellen. Es geht darum, demokratische Meinungsbildung zu ermöglichen. Und die braucht Vielfalt, Professionalität und verlässliche Bildungsstrukturen – gerade dann, wenn es um so grundlegende ethische Fragen geht.

Landtag berät zahlreiche Änderungen für die Schulen

Die schwarz-rote Koalition hat einen umfangreichen Gesetzentwurf in den Hessischen Landtag eingebracht, der vielfältige schulrechtliche und beamtenrechtliche Änderungen vorsieht. Ende Mai war die GEW Hessen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zu einer schriftlichen und mündlichen parlamentarischen Anhörung in den Kultuspolitischen Ausschuss des Landtags eingeladen. Der sperrige Titel des Gesetzes lautet: „Gesetz zur Einführung der Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften“. Tatsächlich ist die Überführung des Modellversuchs der Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA) in die Regelform einer der wichtigen Inhalte des Gesetzes. Diese über inzwischen viele Jahre erprobte Schulform soll ab dem Schuljahr 2027/2028 zum Standard im sogenannten Übergangssystem werden.

Doch von weiteren Änderungen des Schulgesetzes sowie mehrerer Verordnungen sind neben den berufsbildenden auch die allgemeinbildenden Schulen betroffen. Und: Der Gesetzentwurf sieht auch eine deutliche Verschlechterung der in der Pflichtstundenverordnung vorgesehenen Altersermäßigung vor. Die geplanten Änderungen für Lehrkräfte ab dem 55. Lebensjahr stellen wir in dieser HLZ auf Seite 34 vor. Der Vorsitzende der hessischen GEW, Thilo Hartmann, forderte die Landesregierung auf, von ihrem Vorhaben abzulassen: *„Statt einer willkürlichen Verlängerung der Arbeitszeit muss das Kultusministerium endlich die längst überfällige Arbeitszeiterfassung von Lehrkräften auf den Weg bringen. Dann wird sich nach unserer Einschätzung zeigen, dass eine Reduzierung der Pflichtstundenzahl notwendig ist.“* Bis zum 60. Lebensjahr sei die Zahl der wöchentlichen Pflichtstunden im Grundschulbereich in keinem Bundesland so hoch wie in Hessen.

Die Änderungen sollen schon zum kommenden Schuljahr in Kraft treten. Die wichtigsten schulrechtlichen Neuerungen werden wir in der kommenden HLZ-Ausgabe präsentieren.

Tag der Arbeit in Hessen: Gewerkschaften verteidigen den Sozialstaat

An den insgesamt 27 Kundgebungen und Demonstrationen zum 1. Mai nahmen in diesem Jahr in Hessen rund 19.500 Menschen teil. Michael Rudolph, Vorsitzender des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, sprach auf der Kundgebung in Herborn. Die angewachsene Beteiligung sowie die Stimmung auf den Veranstaltungen wertete er als Zeichen der Entschlossenheit: *„Die gewerkschaftliche Stärke ist getragen von großer Solidarität und einer Entschlossenheit, für gute Arbeit, soziale Sicherheit und eine gerechte Verteilung des Reichtums zu kämpfen. Den Angriffen auf den Achtstundentag und den Sozialstaat werden wir uns entschieden entgegenstellen.“*

In seiner Rede sprach Michael Rudolph die wachsende Unsicherheit vieler Beschäftigter, die Angriffe auf den Sozialstaat sowie die ungleiche Verteilung von Vermögen an und richtete zugleich

einen klaren Appell an die Arbeitgeber. *„Zuerst unsere Jobs, dann eure Profite – das ist unser klares Signal am heutigen Tag der Arbeit“,* erklärte er. *„Gerade jetzt brauchen die Menschen die Verlässlichkeit ihres Arbeitsplatzes und die Sicherheit des Sozialstaats – nicht Kürzungen. Die Krise kann nur solidarisch bewältigt werden, nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.“*

Thilo Hartmann sprach als Vorsitzender der GEW Hessen auf der Kundgebung in Rüsselsheim, die stellvertretende Vorsitzende Heike Ackermann in Bad Hersfeld. Simone Claar war als stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen bereits am 28. April zum Wahl der Arbeit in Fulda eingeladen. Wir dokumentieren Auszüge aus den drei Maireden auf den Seiten 22 und 23 in dieser HLZ.

Fachlehrkräfte fordern bessere Bezahlung: 3.000 Unterschriften an Innenminister Poseck übergeben

Eine GEW-Delegation hat am 23. April über 3.000 Unterschriften an Innenminister Roman Poseck übergeben. Die Unterzeichnenden forderten: *„Gleiches Geld für gleiche Arbeit! A13 für alle Fachlehrerinnen und Fachlehrer“*, denn diese verfügen über eine fundierte berufliche Ausbildung, häufig ergänzt durch eine Weiterbildung zum Meister, staatlich geprüften Techniker oder Ingenieur. Sie bringen jahrelange Praxiserfahrung mit und absolvieren denselben Vorbereitungsdienst wie Studienräte. Dennoch sind ihre Arbeitsbedingungen deutlich schlechter: Sie unterrichten eine Stunde pro Woche mehr als die anderen Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen und verdienen deutlich weniger.

Heike Ackermann forderte das Innen- und das Kultusministerium auf, Fachlehrkräfte endlich gerecht zu besolden: *„Es ist nicht vermittelbar, dass Kolleg:innen mit gleicher Verantwortung, gleicher Ausbildung im Vorbereitungsdienst und vergleichbarer Unterrichtsleistung unterschiedlich bezahlt wer-*

den. Gleiche Arbeit muss auch gleich vergütet werden.“ Die Fachlehrkräfte würden schon seit Jahren auf eine Angleichung warten. Dass diese nicht umgesetzt werde, liege nicht am Haushalt, sondern am fehlenden politischen Willen.

Die GEW Hessen fordert im Hinblick auf die Fachlehrkräfte vom Innen- und dem Kultusministerium eine Angleichung der Pflichtstundenzahl, ein Einstiegsamt im Beamtenverhältnis in der Besoldungsgruppe A 11 in Verbindung mit einem verbindlichen Bewährungsaufstieg, der langfristig in die Besoldungsgruppe A 13 als Endstufe des gehobenen Dienstes führt.

Darüber hinaus wird eine Qualifikationsmaßnahme unter fairen Bedingungen gefordert, die Fachlehrer:innen den Erwerb eines Lehramts ermöglicht. Dieses berufsbegleitende Studium soll mit ausreichender Freistellung und einem realistischen Unterrichtseinsatz verbunden sein und den Übergang in den höheren Dienst eröffnen.



Anfang Mai wurden 1.200 Lehrkräfte neu in den hessischen Vorbereitungsdienst eingestellt. „Mit der Entscheidung für den Lehrerberuf haben sich unsere neuen Lehrkräfte für eine Aufgabe zentraler gesellschaftlicher Bedeutung entschieden. Sie übernehmen Verantwortung für die Bildung und Erziehung kommender Generationen – für junge Menschen, die in einer zunehmend komplexen, globalisierten und digitalisierten Welt Orientierung und Werte benötigen,“ sagte Bildungsminister Armin Schwarz richtigerweise bei der Vereidigung von 35 angehenden Lehrkräften in Fritzlar. Ob allerdings sein eigenes Haus ausreichend Verantwortung für die Bildung der neuen Lehrkräftegeneration übernimmt, das mag manchem fraglich erscheinen – etwa den vielen Ausbilder:innen, die am 18. April in Frankfurt gegen die aktuellen Kürzungen an den Studienseminaren protestierten.

○ **Tarifabschlüsse an den tarifautonomen Universitäten: Mehr Geld an Goethe-Universität Frankfurt und TU Darmstadt**

Die Goethe-Universität Frankfurt und die TU Darmstadt sind tarifrechtlich eigenständig, sodass der Ende März erzielte Tarifabschluss mit dem Land Hessen für sie nicht unmittelbar gilt. Am 20. April konnte eine Einigung mit der TU Darmstadt erzielt werden, am Tag darauf mit der Goethe-Universität. Ebenso wie in den vorangegangenen Tarifrunden orientieren sich die Tarifabschlüsse stark an dem Landesergebnis. In einem ersten Schritt erhöhen sich die Gehälter zum 1. Juli 2026 um 3 Prozent, mindestens aber 110 Euro monatlich. Am 1. Oktober 2027 gibt es eine weitere Erhöhung um 2,8 Prozent. Beide Tarifverträge laufen 25 Monate und enden im Februar 2028.

Neben der Entgelterhöhung ist es gelungen, die Lehre aufzuwerten. Perspektivisch soll eine Eingruppierung bis zur Entgeltgruppe 15 möglich sein.

„Das ist ein Meilenstein für die Weiterentwicklung für Karriereperspektiven in der Wissenschaft, denn es ist nicht nur ein finanzieller Aufstieg in der Forschung möglich, sondern auch in der Lehre. Das ist bundesweit ein wichtiges Signal“, kommentierte Simone Claar.

Wie zuvor das Land Hessen haben auch die beiden Universitäten eine Erhöhung der Stundensätze der studentischen Beschäftigten zugesagt, die von den Gewerkschaften geforderte Aufnahme dieser Beschäftigtengruppe in den Tarifvertrag jedoch kategorisch abgelehnt. An der TU Darmstadt steigen die Stundensätze im Wintersemester 2026/2027 auf 15,20 Euro und im Wintersemester 2027/2028 auf 15,90 Euro. An der Goethe-Universität sind Steigerungen auf 15,33 Euro zum 1. Juli 2026 und auf 15,90 Euro zum 1. Oktober 2027 vereinbart worden.

○ **Streichung der Stelle zum Thema Antiziganismus**

Wie im Mai bekannt wurde, streicht das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen die erst vor drei Semestern eingerichtete Abordnung im Umfang von einer Stelle zum Thema Antiziganismus an die TU Darmstadt. Der Verband Deutscher Sinti und Roma Landesverband Hessen wertete diese Entscheidung als „verpasste Chance“. Die Hoffnung, Hessen könne mit der Stelle eine „Leuchtturmfunktion“ erfüllen, sei enttäuscht worden. Auch die GEW Hessen übte in einer Pressemitteilung Kritik. Die Schulen seien auf fundierte Unterstützung angewiesen, um Vorurteile und Ausgrenzung wirksam zu thematisieren. Gerade angesichts zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung brauche es mehr – und nicht weniger – Forschung und Bildungsarbeit zu Antiziganismus.

Mit Kopf, Herz und Hand

Die Kinder- und Jugendfarm Dreieichhörnchen in Dreieich

Eike Flechsig

Die Kinder- und Jugendfarm Dreieichhörnchen ist seit vielen Jahren ein besonderer Lern- und Lebensort für Kinder und Jugendliche in Dreieich und Umgebung. Ursprünglich in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit verwurzelt, ist die Farm bis heute ein Raum geblieben, zu dem Kinder freiwillig kommen. Hier können sie sich ausprobieren, Gemeinschaft erleben und eigene Stärken entdecken. Aus dieser pädagogischen Haltung heraus hat sich in den vergangenen Jahren ein zweites starkes Standbein entwickelt: die Zusammenarbeit mit Kitas, Schulen und Ganztagsträgern als außerschulischer Bildungspartner.

Heute besuchen uns Gruppen aus unterschiedlichen Bildungsbereichen, um Lernen praktisch, lebendig und mit allen Sinnen zu erfahren. Dabei verbinden wir unsere Erfahrungen aus der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mit den Anforderungen und Inhalten schulischer Bildungspläne. So entstehen Angebote, die fachlich fundiert sind und gleichzeitig Raum für Selbstwirksamkeit, Beziehung und individuelle Entwicklung lassen. Schulklassen und Kitagruppen erleben auf der Farm Bildung in einem anderen Rhythmus: draußen, in Bewegung, im Tun und im echten Kontakt mit Natur, Material und Gemeinschaft. Kinder arbeiten mit Holz und Werkzeugen, versorgen Tiere, erleben Gartenarbeit vom Säen bis zur Ernte, entzünden Feuer, entdecken ökologische Zusam-

Auf einer Kinder- und Jugendfarm lernen Kinder praktisch, lebendig und mit allen Sinnen – hier zum Beispiel bei der Herstellung von Brennesseljauche, Foto: Kinder- und Jugendfarm Dreieichhörnchen e. V.



menhänge oder verarbeiten Schafwolle. Dabei lernen sie Planung, Ausdauer und Verantwortungsübernahme.

Ein wichtiger Schwerpunkt unserer Arbeit ist das soziale Lernen. Auf der Farm entstehen ständig echte Lernsituationen: Wer übernimmt welche Aufgabe? Wie lösen wir Konflikte? Wie gehen wir miteinander um? Wie gelingt Zusammenarbeit? Kinder erleben sich hier in einer Gemeinschaft, in der jede und jeder gebraucht wird. Rücksichtnahme, Kommunikation, gegenseitige Unterstützung und Selbstvertrauen wachsen oft ganz selbstverständlich aus dem gemeinsamen Handeln heraus.

Als besonders wirksam erleben wir Projekte, die nicht nur einmalig stattfinden, sondern über mehrere Termine hinweg angelegt sind oder als fortlaufende Kooperation wachsen können. Erst durch wiederkehrende Besuche entstehen tiefere Lernprozesse, nachhaltige Naturbezüge und echte Verantwortungsübernahme. Auch für pädagogische Fachkräfte bieten langfristige Kooperationen einen großen Mehrwert, da Entwicklungsprozesse von Kindern gemeinsam begleitet und neue Perspektiven gewonnen werden können. So wird die Farm nicht nur zum Lernort für einen Tag, sondern zu einem verlässlichen Bildungsraum.

Viele Lehrkräfte erleben bei Besuchen auf der Farm Kinder noch einmal aus einer neuen Perspektive. Kinder, die im Klassenzimmer eher still sind, übernehmen plötzlich Verantwortung beim Versorgen der Tiere. Andere, denen langes Sitzen schwerfällt, zeigen beim Werkeln große Konzentration und Ausdauer. Kinder, die im schulischen Kontext wenig Erfolgserlebnisse haben, entdecken bei uns Fähigkeiten, die sonst verborgen bleiben. Hier entstehen wertvolle multiprofessionelle Sichtweisen.

Gerade mit Blick auf den Ausbau ganztägiger Bildungsangebote werden solche Erfahrungsräume immer wichtiger. Kinder brauchen nicht nur Betreuung, sondern auch Bewegung, frische Luft, Erde an den Händen, Naturerfahrungen, sinnhaftes Tun und Orte, an denen sie sich ganzheitlich entwickeln können. Außerschulische Lernorte wie die Farm ergänzen schulisches Lernen auf besondere Weise und schaffen wichtige Ausgleichs- und Entwicklungsräume. Die Kinder- und Jugendfarm Dreieichhörnchen ist deshalb mehr als ein Ausflugsziel. Sie ist ein Ort, an dem Kinder mit Kopf, Herz und Hand lernen – praxisnah, gemeinschaftlich und mit Freude. Pädagogische Angebote für Gruppen sind: Werkeln, Tiere, Garten, Feuer, Ökologie, Soziales Lernen, Wolle, Schmieden.

Weitere Infos unter: <https://dreieichhoernchen.de>

Schafe, Hühner, Bienen

Die Hardtgärten Kinder- und Jugendbauernhof in Gießen

Tana Morin

Die Hardtgärten Kinder- und Jugendbauernhof liegt am Stadtrand von Gießen und erstreckt sich über eine Fläche von rund 20.000 Quadratmetern. Gegründet wurde er vor fünf Jahren von der gemeinnützigen Organisation für Integration, Jugend- und Berufsbildung. Die Stadt Gießen fördert den Kinder- und Jugendbauernhof finanziell. Im Mittelpunkt steht die Idee, Kindern und Jugendlichen einen direkten Zugang zur Natur zu ermöglichen. Schulen und Kindergärten haben hier die Gelegenheit, eigene Gartenparzellen anzulegen, zu pflegen und schließlich die Ernte gemeinsam zu verarbeiten. So entsteht ganz nebenbei ein bewusstes Verständnis für Umwelt, Lebensmittel und deren Wert. Ebenso wichtig ist uns aber auch der Raum für freies Spielen – denn dabei entwickeln Kinder Selbstvertrauen, Kreativität und soziale Fähigkeiten auf ganz natürliche Weise.

Durch die enge Zusammenarbeit mit örtlichen Vereinen – darunter ein Kleintierzuchtverein, ein Schäfer sowie ein Imkerverein – leben auf dem Gelände verschiedene Tiere, wie Schafe, Gänse, Hühner und Bienenvölker. Die Kinder können so unmittelbare Erfahrungen im Umgang mit Tieren sammeln und deren Bedeutung für unser Ökosystem kennenlernen. Neben dem freien Besuch bieten wir auch strukturierte Tagesprojekte an. Ein Beispiel ist unser „Grüne-Soßen-Tag“: Hier tauchen die Kinder in die regionale Esskultur ein, lernen verschiedene Kräuter anhand ihrer Eigenschaften kennen, sammeln diese selbst im Beet, bereiten sie zu und genießen am Ende gemeinsam eine frisch zubereitete Grüne Soße mit Kartoffeln aus unserer Küche.

Ein weiteres Projekt widmet sich den Wildbienen. Dabei besuchen wir unser vom NABU zertifiziertes Sandarium, entdecken die Unterschiede zwischen Wild- und Honigbienen, beobachten ihre bevorzugten Pflanzen und überlegen gemeinsam, welche Lebensmittel es ohne ihre Bestäubungsleistung gar nicht gäbe. Gleichzeitig lernen die Kinder mehr über die Honigproduktion und die enorme Bedeutung von Insekten für unser Leben.

Arbeitskreis der Jugendfarmen und Abenteuerspielplätze in Hessen

Neben den Dreieichhörnchen in Dreieich und den Hardtgärten in Gießen, die sich in dieser HLZ vorstellen, bestehen zahlreiche weitere Kinder- und Jugendfarmen in Hessen. Sie arbeiten in dem Arbeitskreis der Jugendfarmen und Abenteuerspielplätze in Hessen (AJAH) zusammen. Auf der Homepage des AJAH findet sich eine Übersicht aller Angebote, von Nord- bis Südhessen: www.ajahessen.de

Darüber hinaus können bei uns auch Projektwochen zu unterschiedlichen Themen gebucht werden. Die Möglichkeiten sind dabei bewusst offengehalten – ganz nach dem Motto: Vieles ist machbar. Aktuell arbeiten wir außerdem daran, das Gelände barrierefrei zu gestalten, um unsere Angebote noch inklusiver zu machen und generationenübergreifende Erlebnisse zu ermöglichen.

Vor Ort erwartet die Besucherinnen und Besucher eine vielfältige Infrastruktur: liebevoll angelegte Nutzgärten, eine Kinderbibliothek im Bauwagen, ein Kleinkindspielplatz mit großem Baummikado, ein gemütlicher Lagerfeuerplatz inklusive Holz- und Stockbrotstöcken sowie ein 8 mal 20 Meter großer beheizbarer Gewächshaustunnel mit Strom und Licht, der auch als geschlossener Raum genutzt werden kann. Ergänzt wird das Angebot durch eine voll ausgestattete Kinderwerkstatt mit Werkbänken und Werkzeug, ein Grünes Klassenzimmer sowie eine Kindergärtnerei mit Gartengeräten in passender Größe für kleine Hände. Zu finden sind die Hardtgärten im Ludwig-Schneider-Weg in 35398 Gießen.

Weitere Infos unter: www.hardtgaerten.de

Beim Anlegen und der Pflege einer Parzelle in den Gießener Hardtgärten entsteht bei den Kindern ganz nebenbei ein Verständnis für Umwelt, Lebensmittel und deren Wert. Foto: IJB gemeinnützige Gesellschaft für Integration, Jugend und Berufsbildung mbH



EXPLORIKUS

Science Center Wetzlar: Lernen als Entdeckungsreise

Laura Lücke

Am Wetzlarer Domplatz entsteht derzeit mit dem Science Center EXPLORIKUS ein Ort, an dem Wissenschaft nicht bloß Thema ist, sondern auch Gefühl, Staunen und Entdeckerdrang. Mitten in den neuen Domhöfen wächst ein lebendiger Bildungs- und Erlebnisraum, der das VISEUM Wetzlar inspiriert fortführt – räumlich und inhaltlich weitergedacht. Das VISEUM bot seinen Besucherinnen und Besuchern bis 2025 zahlreiche Exponate und Workshops zu den Themen Optik und optoelektronische Systeme. Die Eröffnung des rundum neu gestalteten EXPLORIKUS ist für das Jahr 2027 vorgesehen.

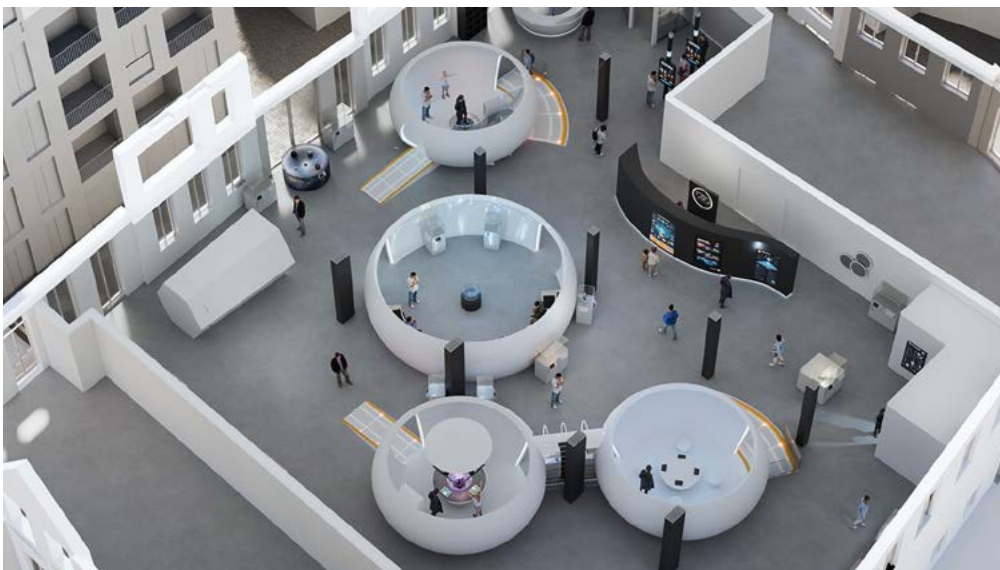
Auf rund 900 Quadratmetern entfaltet sich eine Entdeckungslandschaft, in der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (kurz MINT) als interaktives Abenteuer erlebbar werden. Die Inhalte orientieren sich an den hessischen Kerncurricula, sodass Schulklassen ihren Besuch gezielt vor- und nachbereiten können. Herzstück ist das entdeckende Lernen: Gäste werden zu Forschenden, entwickeln eigene Fragen, experimentieren und erleben unmittelbar, wie sich Naturphänomene erschließen. Dabei spielen Gamification-Elemente eine wichtige Rolle: Lernprozesse werden spielerisch gestaltet, sodass Motivation, Neugier und Eigenaktivität gefördert werden. Ergänzt wird das Angebot durch Workshops und vertiefende Formate.

Ein prägendes Gestaltungselement ist die erzählerische Klammer einer „Planetenreise“. Unterschiedliche Themenwelten werden als Stationen einer Reise durch Sphären und

Welten inszeniert. Diese klare Dramaturgie erleichtert die Orientierung, schafft emotionale Ankerpunkte und öffnet Türen zu komplexen Inhalten. Multisensorische Erlebnisse – Sehen, Hören, Tasten – holen verschiedene Lerntypen ab und machen Wissen unmittelbar zugänglich. Auf der Reise ist keiner allein: Jeder Gast erhält einen virtuellen Avatar, der die individuelle Reise durch die „Planeten“ begleitet. Zum Beispiel machen Albert Einstein oder Marie Curie die Fortschritte sichtbar, sammeln die Erlebnisse und führen die Neugier gezielt weiter. So entsteht ein roter Faden, der den Besuch zu einer eigenen Mission verdichtet. Die Reise kann im Einzel- oder Mehrspielermodus erlebt werden.

Besonders zukunftsweisend fällt der Zugang zur Berufsorientierung aus: Ein innovatives Format unterstützt Jugendliche dabei, eigene Interessen mit möglichen Ausbildungs- und Studienwegen zu verknüpfen. Damit wird der außerschulische Lernort zugleich zu einer Schnittstelle zwischen schulischer Bildung und beruflicher Zukunftsplanung in Verbindung zu regionalen Unternehmen. Das EXPLORIKUS verfolgt damit das Ziel, Wissenschaft nicht nur zu erklären, sondern erlebbar zu machen. Als perspektivischer, außerschulischer Lernort in Wetzlar weckt es Begeisterung für MINT, schärft Zukunftskompetenzen und lädt dazu ein, Lernen als selbstbestimmte Entdeckungsreise zu begreifen.

Aktuelle Informationen und erste Einblicke in die Planung gibt es auf: www.explorikus.de



Auf 900 Quadratmetern bietet das neue EXPLORIKUS eine Entdeckungslandschaft, in der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik als interaktives Abenteuer erlebbar werden. Diese Abbildung gibt einen Eindruck, was Besucherinnen und Besucher ab 2027 in Wetzlar erwartet. Das Bild kann vom Endergebnis abweichen: Science Center Wetzlar gGmbH/artXmedia, und WITTE

In der Ausgabe Dezember 2023/Januar 2024 hat sich die HLZ in einem Schwerpunkt der naturwissenschaftlichen Bildung gewidmet. In diesem Rahmen haben wir mehrere für Kitas und Schulen spannende Lernorte in Hessen rund um den MINT-Bereich vorgestellt (HLZ 12-2023/1-2024, S. 14-15). Diese sind alle nach wie vor empfehlenswert.

Chemikum Marburg

Das Chemikum Marburg ist eine MINT-Bildungseinrichtung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit dem Schwerpunkt Chemie. Es ist kein Museum, sondern ausdrücklich ein Mitmachlabor, in dem der handlungsorientierte Umgang mit Fragestellungen aus Chemie, Biologie, Pharmazie, Physik und Informatik im Vordergrund steht. Der Name ist Programm, die Ausrüstung mit Kittel und Schutzbrille vor dem Eintritt in die eigentlichen Labore spricht auch dafür. Schon die Kleinsten ab fünf Jahre experimentieren im „Kinderchemikum“ unter fachkundiger Anleitung oder erforschen Frühjahr oder Herbst anhand charakteristischer Phänomene. Spielerisch erfahren sie durch eigenes Tun, durch Beobachten und logische Deduktion, wie in den Naturwissenschaften gedacht und gearbeitet wird.

Weitere Infos unter: www.chemikum-marburg.de

Experiminta ScienceCenter Frankfurt

Die Besucherinnen und Besucher tauchen ein in die faszinierende Welt von MINT und erleben spannende Phänomene und erstaunliche Effekte. Auf einem Nagelbett liegen, mit einem Gokart Energie erzeugen oder doch lieber bunte Schatten tanzen lassen – in der interaktiven Mitmachausstellung des Experiminta ScienceCenters Frankfurt RheinMain ist das möglich. Neben rund 120 Exponaten auf insgesamt vier Etagen stellt das Experiminta ScienceCenter auch zusätzliches Material für Schulklassen und Kitas bereit. Handreichungen für Lehrkräfte an Grundschulen sowie in den Sekundarstufen I und II bieten neben Ideen und Aufgaben während des Besuchs auch vielfältige Anregungen zur anschließenden Weiter- und Nachbereitung.

Weitere Infos unter: www.experiminta.de

Senckenberg Naturmuseum Frankfurt

Auf drei Stockwerken entdecken kleine und große Besucher:innen die Vielfalt der Natur. Über 10.000 Ausstellungsobjekte zeigen nicht nur die faszinierende Vielfalt unserer heutigen Zeit, sondern lassen auch die Erdgeschichte lebendig werden. Kindgerechte Führungen werden ab einem Alter von fünf Jahren angeboten. Vielfältige Themenführungen sind für Schulklassen unterschiedlicher Jahrgangsstufen buchbar. Nicht nur die verschiedenen Lebewesen, Lebensräume und die Vielfalt der Natur, sondern auch die Rolle und der Einfluss des Menschen sind in vielen Führungen Thema. Ergänzend zum Führungsangebot kann für Schulklassen ab der 3. Jahrgangsstufe eine exklusive, Nutzung der „Aha?! Forschungswerkstatt“ gebucht werden.

Weitere Infos unter: <https://museumfrankfurt.senckenberg.de>

Regionalpark Portal Wetterpark Offenbach

Der zwei Hektar große Wetterpark mit seinem Besucherzentrum vermittelt an 15 Stationen des Lehr- und Erlebnispfads Aspekte des Wetters und des Klimas sowie des Zusammenspiels von Sonne, Luft und Wasser. Die Stationen fordern zu aktiver Beobachtung und Interaktion auf und ermöglichen die sinnliche Erfahrbarkeit von Wetter und Klima. Im Besucherzentrum laden zahlreiche interaktive Stationen, Ausstellungsstücke und Experimente zur intensiven Beschäftigung mit dem Wetter ein. Wie entstehen Wolken und ihre unterschiedlichen Formationen? Wie entsteht ein Tornado? Auch komplexe Zusammenhänge, etwa Wettervorhersage und Klimaforschung, werden anschaulich erklärt. Der Park bietet private Themenführungen und Workshops vom Kindergartenalter bis zur Oberstufe zu allen Themen rund um das Wetter.

Weitere Infos unter: www.offenbach.de/buerger_innen/freizeit/stadtmarketing/wetterpark

Weltnaturerbe Grube Messel

Die Grube Messel öffnet ein Fenster zur Urzeit. Die Besucher:innen gehen auf eine Reise in die Zeit des Eozäns vor 48 Millionen Jahren, als in Messel die Temperaturen fast tropisch waren und sich inmitten eines Urwaldes ein tiefer See befand. Dort treffen sie auf kleine und große Tiere, die auf dem Land, im Wasser und in der Luft lebten. Auf spielerische Weise können Kinder das Weltnaturerbe Grube Messel mit allen Sinnen entdecken. Die Grube Messel bietet Konzepte für Kinder ab fünf Jahren rund um die Geologie sowie die Tier- und Pflanzenwelt der Grube Messel an, sowohl draußen in der Natur als auch im Museum. Sie kann ausschließlich im Rahmen von geführten Touren betreten werden.

Weitere Infos unter: www.grube-messel.de

Mathematikum Gießen

Das Mathematikum war das erste mathematische Mitmachmuseum der Welt. Die Besucher:innen können sich bei Knobelspielen den Kopf zerbrechen, raffinierte Brücken bauen oder sich von einer Riesenseifenhaut einhüllen lassen. Über 200 Stationen laden dazu ein, alleine oder zusammen mit anderen zu experimentieren. Es eignet sich für Jung und Alt, für Mathe-Muffel und Mathe-Freaks und alle anderen, die eine der spannendsten Wissenschaften hautnah erleben möchten. Speziell für drei- bis achtjährige Kinder wurde das Mini-Mathematikum entwickelt. Schulklassen finden viele spannende Experimente, die ab der Grundschule direkt anschlussfähig an den Schulunterricht sind: Von Zahlen über Formen, Muster, Zufall oder Zuordnungen findet sich eine breite Auswahl an Themen. Für Klassen und Kita-Gruppen ist eine Anmeldung erforderlich.

Weitere Infos unter: www.mathematikum.de

Auch das Hessische Landesmuseum für Kunst und Natur in Wiesbaden, das sich in dieser Ausgabe auf S. 16 vorstellt, hält pädagogische Angebote aus dem naturkundlichen Feld bereit, ebenso das Landesmuseum in Darmstadt.

Jüdisches Museum Frankfurt

Gemeinsam entdecken, erleben, verstehen, lernen

Nadine Reuter

Was bedeutet es, jüdisch zu sein? Gibt es das Jüdisch-sein überhaupt? Und wo finden wir im Raum Frankfurt jüdische Geschichte? Im Jüdischen Museum Frankfurt können erwachsene Besuchende sowie Lerngruppen diesen und vielen weiteren Fragen nachgehen. Das Angebot ist breit gefächert und immer wieder im Wandel. Neben der Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Fragen und dem Umgang mit jüdischer Geschichte findet man auch Angebote für Groß und Klein, die über ästhetische und sinnliche Zugänge eine spannende Auseinandersetzung mit jüdischem Leben in Vergangenheit und Gegenwart bieten. Die Angebote richten sich an Kita, Grundschule, Haupt- und Realschule, Gymnasium, Berufsschule, Lehrkräftefortbildung und Erwachsene.

Das Museum umfasst mehrere Orte, an denen außerschulisches Lernen ermöglicht wird. Der Hauptstandort, das Jüdische Museum am Bertha-Pappenheim-Platz, beschäftigt sich mit jüdischer Geschichte von der Gegenwart bis zurück ins 18. Jahrhundert. Zweiter Standort ist das Museum Judengasse (Battonnstraße 47), welches sich auf das jüdische Alltagsleben in der frühen Neuzeit fokussiert. Im Mittelpunkt des Museums stehen archäologische Überreste von fünf Häusern der Frankfurter Judengasse. Direkt an dieses Museum schließt die Gedenkstätte Börneplatz an. Weitere Lernorte sind der Ge-

wölbekeller „Goldener Apfel“ (An der Staufeuernauer 11) sowie die Erinnerungsstätte Großmarkthalle am und auf dem Gelände der Europäischen Zentralbank.

Ob Sie mit Ihrer Kita- oder Grundschulgruppe gemeinsam mit unserem Hausgeist Levi auf Entdeckungstour gehen, einen Vorleseworkshop buchen oder mit Taschenlampen in den Gemäuern der alten Frankfurter Judengasse Geschichten entdecken – dies ist Ihrer Wahl überlassen und nur ein kleiner Einblick in unsere Angebote für Kinder bis 12 Jahre. Bei theaterpädagogischen Projektwochen wie „Vom Museum auf die Bühne!“ oder „Narrheiten und Wahrheiten“ werden die Lerngruppen zu Regisseuren und Schauspielern und erfahren eine künstlerisch-ästhetische Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Lebenswelt, vergleichen diese mit dem Judentum und lernen ein respektvolles Miteinander.

Das Jüdische Museum bietet eine Vielzahl von Führungen, Workshops sowie Outreach-Formaten für die Jahrgänge 5 bis 13 an. Die Angebote dienen der Demokratiebildung und bieten verschiedene Schwerpunkte. Wichtig in der Vermittlungsarbeit ist stets die Vermittlung jüdischer Perspektiven, sei es im Workshop „Jüdisches Leben heute“, in Angeboten zur Familie Frank oder in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus sowie Diskriminierung und Rassismus. Auch unsere Formate zu den Themenbereichen Nationalsozialismus und Schoa betrachten stets die jüdische Perspektive und ermöglichen die Auseinandersetzung anhand realer Biografien und den Besuch eines Deportationsortes, der Frankfurter Großmarkthalle. Nach jahrzehntelangem Kampf wurden Juden im Jahr 1864 zu gleichberechtigten Bürgern Frankfurts. In der immersiven Anwendung REALTALK 1864 wird der Moment, als Juden 1864 zu gleichberechtigten Bürgern Frankfurts wurden, erfahrbar. Als virtuelle Umgebung, die online zugänglich ist, können sich Schüler:innen mit Avataren unterschiedlicher Persönlichkeiten in der Judengasse unterhalten. Die Antworten sind historisch abgesichert. Im Rahmen eines Workshops werden junge Besuchende bei dieser immersiven Erfahrung begleitet.

Das Jüdische Museum Frankfurt bietet zudem Fachtage und Pädagogische Tage an. Kommen Sie zu uns als Fachschaft oder ganzes Kollegium und lassen Sie sich in praxisnahen Workshops zu Themen wie Antisemitismus-Prävention, interreligiöse Zugänge, Prävention Rassismus/Diskriminierung oder in der Arbeit mit Themen zum Nationalsozialismus weiterbilden. Aber auch privat lässt sich viel entdecken.

Weitere Infos unter: www.juedischesmuseum.de



Entspannend für Lehrkräfte: Im Museum Judengasse heißt es: „Anfassen erlaubt!“ Foto: Jüdisches Museum Frankfurt

Gedenkstätte Hadamar

Die Geschichte der NS-„Euthanasie“ am historischen Ort vermitteln

Judith Sucher

Die ehemalige Landesheilanstalt Hadamar nahe Limburg an der Lahn fungierte ab 1941 als Tötungsanstalt im Rahmen der NS-„Euthanasie“. Bis zur Befreiung durch US-amerikanische Soldaten am 26. März 1945 wurden dort über 14.500 namentlich bekannte Menschen im Zuge von zwei Mordprogrammen getötet – Menschen, die aufgrund einer Behinderung oder psychiatrischen Diagnose als „lebensunwert“ stigmatisiert wurden. Aber auch Menschen, die als „asozial“ und unangepasst galten oder nicht dem rassenideologischen Gedanken des Nationalsozialismus entsprachen.

Bei der „Euthanasie“ handelt es sich um das erste systematische Mordprogramm des Nationalsozialismus. Dennoch ist das Thema im Vergleich zu anderen Themen der NS-Geschichte bis heute ein Randthema – auch im Unterricht. Dabei bietet es eine fächerübergreifende Diskussionsgrundlage für die Auseinandersetzung mit und gegebenenfalls Hinterfragung von aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten über den Umgang mit beziehungsweise die Versorgung von Menschen mit Beeinträchtigungen oder psychischen Erkrankungen.

Schwerpunkt der Bildungs- und Vermittlungsarbeit der Gedenkstätte ist die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der NS-„Euthanasie“ am historischen Ort der Tötungsanstalt Hadamar. Mehrheitlich findet dies im Rahmen geführter Rundgänge, dreistündiger Workshops oder ganztägiger Studientage statt. Die Formate und Zugänge sind dabei so gestaltet, dass sie den jeweiligen Bedürfnissen der Lerngruppe angepasst werden können. Darüber hinaus hält die Gedenkstätte spezifische Angebote für Kinder im Grundschulalter oder Menschen mit Lern- und Leseschwierigkeiten bereit. Obgleich es je nach Zielgruppe Unterschiede im Umfang sowie in der didaktischen Aufbereitung gibt, folgen die Angebote einem ähnlichen Aufbau: Ein Einführungsmodul dient zunächst dazu, die Gruppe emotional und inhaltlich abzuholen und an die Thematik der NS-„Euthanasie“ heranzuführen. Durch unterschiedliche Methoden wird ein erstes Bewusstsein für die Kontinuitäten von Vorurteilen gegen und Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen geschaffen.

Dem angeschlossen findet ein geführter Rundgang durch das Gebäude und über das Gelände der ehemaligen Tötungsanstalt statt. Das hier erworbene Wissen wird in einer anschließenden eigenständigen Auseinandersetzung mit Biografien vertieft und somit durch eine individuelle Lebensgeschichte ergänzt und gefestigt. Ziel ist es, die Ermordeten als Indivi-

duen zu betrachten und sie nicht auf ihre durch die Tatbeteiligten zugeschriebene Opferrolle zu reduzieren. Dies lässt die Geschichte weniger abstrakt und dafür greifbarer werden und bietet eine Grundlage für weitere Fragen. Auch kann die Auseinandersetzung mit Lebensgeschichten helfen, eine zeitliche wie emotionale Distanz zur Geschichte des Nationalsozialismus zu überwinden.

Der Besuch einer Gedenkstätte ist nur dann nachhaltig, wenn er in die Gegenwart und Zukunft der Teilnehmenden wirkt. Nachhaltigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang nicht das Wissen um Zahlen und Fakten, sondern einen (selbst)reflektierten Blick auf das eigene Handeln und die eigene Umgebung. So soll zum Abschluss der Angebote auch stets Raum für die Frage „Was hat das, was vor vielen Jahren (unter anderem) in Hadamar geschehen ist, heute mit mir zu tun?“ gegeben werden. Dies benötigt nicht zwingend eine zeitlich umfassende Diskussion. Bereits eine kurze Reflexion darüber, wie der gesellschaftspolitische Umgang mit Menschen mit Behinderung und psychiatrischen Erkrankungen gestaltet werden sollte, kann hilfreich sein, den Teilnehmenden Denkanstöße mitzugeben.

Weiterführende Infos unter: www.gedenkstaette-hadamar.de



Eine Gruppe während der Arbeit mit einer historischen Patientenakte. Foto: Gedenkstätte Hadamar

Zwischen Feld und Fels

Grube Fortuna – Das Leben der Bergleute im Lahn-Dill-Gebiet

Maria Jeffrey

Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Eisenerzbergbau des Lahn-Dill-Gebietes unterschieden sich deutlich von großen Bergbauregionen wie dem Ruhrgebiet. Hier lebten die meisten nicht allein vom Bergbau, sondern führten eine Doppelsexistenz: Sie waren Bergmänner unter Tage und Landwirte über Tage. Die meisten Familien bewirtschafteten kleine, über Generationen entstandene Höfe mit zwei bis fünf Hektar Land. Kühe, etwas Acker und Wiesen sicherten jedoch nur einen Teil des Lebensunterhalts. Deshalb war es für viele Männer notwendig, zusätzlich im Erzbergbau zu arbeiten. Gleichzeitig waren die Schichtlöhne bis in die 1950er-Jahre so niedrig, dass sie allein kaum zum Leben reichten. Erst die Kombination aus harter Arbeit im Berg und kräftezehrender Landwirtschaft machte das Überleben möglich.

Dieser Alltag verlangte den Menschen enorm viel ab. Unter Tage herrschten Dunkelheit, Staub und Feuchtigkeit. Die Arbeit war schwer, laut und gefährlich, geprägt von langen Schichten und der ständigen Gefahr von Unfällen. Und wenn die Männer nach der Schicht wieder ans Tageslicht kamen, wartete dort bereits die nächste körperliche Arbeit auf Hof und Feld. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten wurde die Lage

noch unsicherer: Kurzarbeit, Entlassungen und Grubenstilllegungen bedrohten die Existenz ganzer Familien.

Diese enge Verbindung aus harter Arbeit, Unsicherheit und regionaler Verwurzelung hat das Lahn-Dill-Gebiet geprägt und lässt sich bis heute an einem besonderen Ort eindrucksvoll erleben: Die Grube Fortuna in Solms-Oberbiel macht die Welt des Eisenerzbergbaus unmittelbar erfahrbar. Schon die Einfahrt gibt einen Eindruck davon, was die Bergleute täglich erwartete: Mit dem Förderkorb geht es 150 Meter tief in den Schacht, anschließend fährt die Grubenbahn durch das ehemalige Bergwerk. Bei Maschinenvorfürhrungen wird spürbar, wie hart und fordernd die Arbeit unter Tage wirklich war. Zwischen 1849 und 1983 wurden hier über vier Millionen Tonnen Erz gefördert.

Wer noch tiefer eintauchen möchte, kann bei einer Expertentour verborgene Bereiche erkunden und die Arbeitswelt der Bergleute noch intensiver nachvollziehen. Gleichzeitig bieten interaktive Formate wie „MeinCraftuna“ oder weitere Erlebnisangebote auch Familien einen Zugang, ohne den Blick auf die historische Realität zu verlieren. Mit dem „Erzium“ ergänzt zudem ein moderner Museumsbereich das Erlebnis rund um Erz, Mineralien und Aufbereitung.



Auch über Tage wird die Geschichte sichtbar: Der Bergbautrail führt durch eine Landschaft, die über Jahrhunderte vom Zusammenspiel aus Landwirtschaft und Bergbau geprägt wurde, genau jener Lebensrealität, die das Leben der Menschen hier bestimmte. So wird ein Besuch zu mehr als einem Ausflug, denn er macht spürbar, was es bedeutete, im Lahn-Dill-Gebiet Bergmann zu sein zwischen Feld und Fels, geprägt von harter Arbeit, Entbehrung und großem Durchhaltevermögen.

Weiter Infos unter:
www.grube-fortuna.de

Die Einfahrt in die Grube Fortuna mit der Grubenbahn gibt einen Eindruck davon, was die Bergleute täglich erwartete. Foto: Jan Bosch

Für den gesellschaftswissenschaftlichen Lernbereich bietet sich der Besuch von außerschulischen Lernorten besonders an. Dabei sind oft Anknüpfungspunkte zu mehreren Fächern gleichzeitig möglich: Politik und Wirtschaft, Geographie, Wirtschaftswissenschaften, Geschichte (siehe hierzu auch S. 10–11) beziehungsweise Gesellschaftslehre an integrierten Gesamtschulen. Neben der Grube Fortuna in Solms-Oberbiel, die sich auf der nebenstehenden Seite vorstellt, geben wir hier weitere Anregungen.

Geldmuseum der Bundesbank, Frankfurt

Im Geldmuseum wird die Welt des Geldes zum Erlebnis. Wie wird Bargeld hergestellt, was ist Buchgeld, wie funktioniert Geldpolitik und was macht eigentlich eine Zentralbank? Welche Rolle spielt das Geld in einer globalisierten Welt? Anschauliche Exponate, attraktive Rauminszenierungen sowie über 80 Medienstationen mit Spielen und interaktiven Informationen geben Antworten auf diese und weitere Fragen rund um das Thema Geld. Für Besuchergruppen werden von Montag bis Freitag verschiedene Vortragsveranstaltungen angeboten. Gruppen ab zehn Personen können das Museum nur nach vorheriger Anmeldung besuchen.

Weitere Infos unter: www.bundesbank.de/de/bundesbank/geldmuseum

Radom-Museum, Wasserkuppe

Auf dem höchsten Berg Hessens kann das Radom besichtigt werden, eine ehemalige militärische Anlage, die im Kalten Krieg von strategischer Bedeutung war. Dieser Geschichte der Anlage kann man sich im Museum annähern. Darüber hinaus gibt es dort Exponate und Informationen zur flugsportlichen Geschichte der Wasserkuppe und zum Drachen- und Gleitschirm-Sport. Hessens höchst gelegene Aussichtsplattform ermöglicht einen 360-Grad-Blick weit über die Grenzen der Rhön hinaus. Für Gruppen ab zehn Teilnehmenden können Gruppenführungen gebucht werden.

Weitere Infos unter: <https://radom-wasserkuppe.de/besucher>

Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt

Nur wenige hundert Meter von ihrem Geburtshaus entfernt werden die Geschichte und die Fragen der berühmten Frankfurter Autorin wieder lebendig: im Lernlabor „Anne Frank. Morgen mehr.“ Dort macht die Bildungsstätte Jugendliche mit dem Leben und Werk Anne Franks vertraut. Hier lernen sie, Fragen aus der Geschichte auf die Gegenwart anzuwenden. Das Lernlabor nimmt jugendliche Perspektiven zum Thema Diskriminierung ernst und macht die verschiedenen Formen der Aneignung von Geschichte erlebbar: Utopien, Konflikt, Widerstand. Das Lernlabor ist speziell für die Arbeit mit Gruppen – Schulklassen und Jugendgruppen bis zu 30 Personen – entwickelt worden. Sie können zwischen einem zweistündigen Kurzbesuch und einem vierstündigen Langbesuch inklusive Workshop wählen.

Weitere Infos unter: www.bs-anne-frank.de/ausstellungen/lernlabor-anne-frank-morgen-mehr

Besucherzentrum Fraport, Frankfurt

Am größten Flughafen Deutschlands gibt es ein Besucherzentrum, das auch Angebote für Schulklassen vorhält: Für die Klassen 3 bis 10 gehören Mitmach-Stationen und Virtual-Reality-Erlebnisse, ein direkter Blick aufs Vorfeld sowie eine Rallye mit altersgerechten Fragen dazu. Den Klassen 11 bis 13 werden praxisnahe Einblicke in verschiedene Flughafenberufe sowie den Luftverkehr ermöglicht.

Weitere Infos unter: www.frankfurt-airport.com/de/am-flughafen/flughafen-besuchen.html

Europäische Zentralbank, Frankfurt

Das Besucherzentrum befindet sich im Hauptgebäude im Frankfurter Ostend. Im Rahmen eines Besuchs kann man interaktiv mehr über die Rolle und die Aufgaben der EZB erfahren. Zudem wird veranschaulicht, wie sich die Entscheidungen der EZB auf den Alltag auswirken. Es können Führungen durch das Besucherzentrum, Fachvorträge – etwa zu Geldpolitik, Bankenaufsicht, digitaler Euro, Klimawandel – oder eine Führung durch das Hauptgebäude gebucht werden.

Weitere Infos unter: www.ecb.europa.eu/ecb-and-you/visits/html/index.de.html

Hessischer Landtag, Wiesbaden

Der Hessische Landtag hält als die „Herzkammer“ der parlamentarischen Demokratie in Hessen ein umfangreiches Angebot für junge Besucher:innen bereit. Das Bildungs- und Besuchsprogramm richtet sich an unterschiedliche Alters- und Zielgruppen: Für Kinder ist eine Schnitzeljagd durch den Landtag möglich. Darüber hinaus kann eine „Zeitreise“ oder eine „Expedition“ gebucht werden. Besonders spannend ist der Besuch während einer Plenarwoche, in der die Abgeordneten im Plenum des Landtags beraten und über aktuelle Gesetzesinitiativen entscheiden.

Weitere Infos unter: <https://hessischer-landtag.de/jugend/besuch-im-landtag>



Foto: Hessischer Landtag

Das BüchnerHaus

Georg Büchners Werke in Riedstadt-Goddelau erfahren

Rainer Fröhlich

Georg Büchner (1813 – 1837): Deutscher Arztsohn aus Goddelau, steckbrieflich gesucht wegen umstürzlerischer Umtriebe in Hessen, ständig auf der Flucht, Dichter umständehalber, dann studierter Spezialist für das Nervensystem von Fischen und die Philosophie Spinozas, Doktor der Medizin, Übersetzer Victor Hugos, stirbt im Februar 1837 mit 23 Jahren im Schweizer Exil an Typhus und – wie manche sagen – an „Überanstrengung der Seele“. Seine Werke gehören heute zur Weltliteratur, der wichtigste deutsche Literaturpreis trägt seinen Namen.

Das Geburtshaus Georg Büchners (Riedstadt-Goddelau, Weidstraße 9) ist der letzte Originalschauplatz in Deutschland, der an das Leben und Werk des Dichters, Revolutionärs und Naturwissenschaftlers erinnert. Es ist sowohl Museum als auch lebendige Begegnungsstätte mit Kunstgalerie, Büchnerscheune und Hof. Das Fachwerkhaus stammt aus dem Jahre 1665 und enthält die Dauerausstellung „Von Goddelau zur Weltbühne“. Das Museum skizziert Büchners Lebensweg vom südhessischen Goddelau ins Zürcher Exil und sein Nachleben am Theater und in der Literatur. Symbolische Objekte, Bilder und Zitate bilden Raumszenen, die wesentliche Bruchstücke aus seinem kurzen Leben skizzieren. Ein rotes Band mit Lebensdaten führt durch den biografischen Teil der Ausstellung im Erdgeschoss.

Ein Tisch mit acht Stühlen im ersten Zimmer symbolisiert das Familienleben im Elternhaus. Hier sind Eltern und Geschwister sowie die Verlobte versammelt, in Mappen kann man Informationen über sie nachlesen. Engagement für Demokratie und soziale Gerechtigkeit wurde im Vormärz von der Obrigkeit strafrechtlich verfolgt. Dies stellt ein dunkler Raum zum Hessischen Landboten dar. Ein Stapel der Flugschriften (Friede den Hütten! Krieg den Palästen!) ist hell angeleuchtet – ein Lichtblick in düsterer Zeit. Eine Leiter und der Steckbrief Georg Büchners stehen für die Flucht ins Exil. Eine Mappe informiert über das Schicksal des Mitverschwörers Friedrich Ludwig Weidig aus Butzbach.

An einem überquellenden Schreibtisch sitzt eine Drahtfigur: Büchner im Exil, der über das Nervensystem der Flussbarbe und an seinen literarischen Texten arbeitet – Büchners Nerven liegen blank vor Erschöpfung. Vor der Wand sind Zitate aus Büchners Werken angeordnet. Hier ist seine Denkfabrik. Die Ausstellung endet im Theater und verdeutlicht die Bedeutung und den Einfluss, den der Dichter aus Goddelau bis heute auf die Weltbühne hat. Seine Werke gehören zum festen Repertoire der Schauspielhäuser und zu den am meisten aufgeführten deutschsprachigen Dramen weltweit. Eine

Bibliothek im Geburtszimmer im ersten Stock sammelt Literatur über Georg Büchner, Schriften seiner Geschwister und Freunde, Erstausgaben seiner Werke und von Künstlern gestaltete Sonderausgaben.

Das BüchnerHaus wird vom gemeinnützigen Verein BüchnerFindetStatt betrieben und hat regelmäßig freitags bis sonntags sowie an Feiertagen bei freiem Eintritt geöffnet. Die Öffnungszeiten sind von 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr (Oktober bis März) beziehungsweise von 14:00 bis 18:00 Uhr (April bis September). Außerhalb der Wochenenden können für Gruppen Führungen zu bestimmten Terminen gebucht werden. Die Termine sind über unsere Homepage abrufbar. Führungen für Schulklassen sind kostenfrei. Im Rahmen der außerschulischen Bildung sind für Schülerinnen und Schüler insbesondere die Themenfelder #Flucht, #Exil, #Demokratie, #soziale Gerechtigkeit und #Menschenrechte über einen Museumsbesuch in Verbindung mit einer Führung oder einem Theaterbesuch sinnlich erlebbar.

Die museale Arbeit im BüchnerHaus wird bereits seit Jahren durch ein professionelles Theater ergänzt. Auch hier ist der Verein BüchnerFindetStatt der Betreiber. Die Büchner-Bühne im Riedstädter Stadtteil Leeheim (Kirchstraße 16) versteht sich als interaktives Podium für das öffentliche Leben: ein sozio-kulturelles Zentrum, das sich in besonderer Weise dem Werk Büchners verpflichtet hat. Museum und Bühne sind heute ein lebendiger Teil des Sozialwesens der Stadt und Kooperationspartner in vielen Kulturinitiativen der Region.

Weitere Infos unter: <https://buechnerfindetstatt.de>



Das Geburtshaus Georg Büchners ist der letzte Originalschauplatz in Deutschland, der an das Leben und Werk des Dichters, Revolutionärs und Naturwissenschaftlers erinnert. Foto: BüchnerFindetStatt

GRIMMWELT

In Kassel in die Welt der Brüder Grimm eintauchen

Julia Ronge

Die GRIMMWELT Kassel hat sich seit 2015 als modernes und weltweit größtes Ausstellungshaus zum Leben und Werk der Brüder Grimm etabliert. Einer der Schwerpunkte liegt in der kulturellen Bildung und wirkt weit über Hessen hinaus. Mit ihrem niederschweligen Vermittlungsprogramm lädt die GRIMMWELT verschiedene Altersgruppen zum Entdecken, Lernen und spielerischen Erkunden ein. Die Institution fungiert dabei nicht als klassisches Museum, sondern als Diskurs-, Vermittlungs- und Bildungsort. Über 8000 Schüler:innen besuchen das Haus pro Jahr in Bildungsformaten und Veranstaltungen.

Die Schüler:innen erwerben bei einem Museumsbesuch eine grundlegende Museumskompetenz, das heißt die Fähigkeit, das Museum ihrem Alter angemessen selbstständig zu entdecken, sich mit der Ausstellung und ihren Exponaten zu befassen und sich diese zu erschließen. Die hessischen Kerncurricula für beispielsweise die Primarstufe fordern die Schulen auf, außerschulische Lernorte einzubinden und kulturelle Bildung zu fördern. Bei einem Besuch eines außerschulischen Lernortes lernen die Schüler:innen das Lernen und andere Schlüsselkompetenzen, wie zum Beispiel das selbstständige Recherchieren und Erschließen von Inhalten, das Arbeiten im Team, Orientierung in fremden Zusammenhängen sowie das Präsentieren. Sie erwerben fachbezogenes Wissen anhand der Museumsexponate.

Mit modernen Vermittlungsmethoden bieten museumspädagogische Fachkräfte in der GRIMMWELT Kassel eine Palette an unterschiedlichen alters- und zielgruppenspezifischen Programmen für Schulklassen an. Die Angebote regen zur Interaktion an und fördern somit die Handlungskompetenz der Schüler:innen. Museumsbesuche sind eine sinnvolle Ergänzung zum Schulunterricht und motivieren zum selbstständigen Lernen. Museen eröffnen den Lernenden und Lehrenden vielfältige Lern- und Erfahrungsräume, die den Unterricht bereichern. Sie geben Kindern und Jugendlichen die Chance, sich Lerninhalte in einer ganz anderen Atmosphäre als der Schule zu erschließen, diese zu vertiefen und anzuwenden. Ein Museumsbesuch motiviert Schüler:innen zum Lernen und regt an, sich eigenständig Inhalte anzueignen. Ganz im Sinne eines selbstständigen, problemlösenden Lernens erarbeiten sich Schüler:innen Inhalte und schaffen Zusammenhänge zu ihrer eigenen Lebenswelt und Lebenswirklichkeit.

Die GRIMMWELT Kassel hält für Schulen ein spezifisches Format bereit: Die Schulklassenführung „Klasse GRIMMWELT!“ – Hier wird Bildung zum Erlebnis. Was ist ein FROTEUFEL? Wer versteckt sich in der DORNENHECKE? Welche

Kuriositäten birgt der deutsche SPRACHSCHATZ? In dieser Führung werden diese und andere Fragen beantwortet. Sie lädt dazu ein, die „Kinder- und Hausmärchen“ neu zu entdecken, mehr über das „Deutsche Wörterbuch“ zu erfahren und in die Welt der Brüder Grimm einzutauchen.

Die Führung nimmt die Schüler:innen mit auf eine Reise durch das Leben und Werk der Brüder Grimm. Je nach Interesse und zeitlichem Rahmen erfolgt eine Auswahl aus verschiedenen Themenbereichen. Zusätzlich können Workshops hinzugebucht sowie das #GRIMMATelier oder die LEREREI genutzt werden. Alle Vermittlungsmodule (Führungen, Workshops und Begleithefte zur individuellen Erkundung in Kleingruppen) können bedarfsorientiert zusammengestellt und an die Klassenstufe der Gruppe sowie den Lehrplan angepasst werden – ob Grundschulklasse oder Deutsch-Leistungskurs in der Sek. II.

Weitere Infos unter: www.grimmwelt.de



Eine Kreativ-Werkstatt ermöglicht es Kindern und Jugendlichen, ebenso wie ein Museumsbesuch, sich Lerninhalte in einer anderen Atmosphäre als der Schule zu erschließen. Foto (ebenso Titelbild): GRIMMWELT Kassel / Nicolas Wefers

Museum Wiesbaden

Hessisches Landesmuseum für Kunst und Natur

Ann-Katrin Spieß

Das Museum Wiesbaden versteht sich als lebendigen Ort des Entdeckens. Es ist eines der drei Hessischen Landesmuseen und vereint die Sparten Kunst und Natur in einem Haus. Neben Sammlungspräsentationen nehmen Sonderausstellungen wechselnde Themen in den Fokus.

Die Abteilung Bildung + Vermittlung entwickelt rund um die Themen des Hauses ein vielfältiges Programm für Kinder, Jugendliche, Familien und Erwachsene. Mit Führungen, Workshops, Schulprojekten, Ferienprogrammen und Vorträgen wollen wir unterschiedliche Möglichkeiten zur kulturellen Teilhabe geben. Wir möchten ein Museum für ALLE gestalten. Teilhabe, Diversität, Kinderrechte, barrierefreie Ansätze und Kreativität sind Grundlagen unserer Arbeit. Inspiriert von Kunst und Natur werden die Objekte im Museum befragt, beobachtet und in den Kontext der eigenen Lebensrealität gesetzt. Unsere drei Ateliers bieten viel Raum, das Gesehene und Erlebte kreativ zu verarbeiten und weiterzuentwickeln. Einen ganz anderen Blick auf die Natur bietet unser mit Mikroskopen ausgestatteter Forschungsraum.

Viele Angebote richten sich gezielt an Kitas, Schulen oder Hortgruppen und orientieren sich eng an den Lehrplänen in Hessen und Rheinland-Pfalz. Dabei gibt es Formate, die sich besonders für Projektstage oder Wandertage eignen, beispielsweise Themen wie „Spitzenreiter im Tierreich“ oder „Frauenbilder im Jugendstil“, die einen spannenden und zugleich lebensnahen Zugang bieten. Andere Themen rücken das

Museum als außerschulischen Lernort in den Mittelpunkt und eröffnen neue Perspektiven auf schulische Inhalte. Für Grundschulen bieten sich „Tiere im Winter“ oder „Blau – Rot – Gelb: Wie wirkt Farbe?“ an. Für weiterführende Schulen stehen vertiefende Angebote zur Auswahl, darunter „Der Blick in die Ferne – wie geht Landschaft?“ oder „Rund ums Säugetier“. Sie ermöglichen eine intensivere Auseinandersetzung mit fachlichen Fragestellungen und fördern zugleich das eigenständige Beobachten, Analysieren und Gestalten. Damit wird das Museum zu einer sinnvollen schulischen Ergänzung: Inhalte aus Kunst, Naturwissenschaften, Geschichte und Gesellschaft werden an Originalen erfahrbar und können fächerübergreifend erschlossen werden.

Für Kitagruppen hat das Museum das Projekt „Sammelfieber“ entwickelt. Es knüpft an die Lebenswelt der Kinder an und verbindet deren eigene Sammelerfahrungen mit den Sammlungen des Museums. An mehreren Tagen werden Natur- und Kunstbestände erkundet, eigene Sammlungen angelegt und schließlich präsentiert. Ein Prozess, der Selbstwirksamkeit und kreatives Denken fördert. Ein besonderes Merkmal ist die methodische Vielfalt. Neben klassischen Führungen bietet das Museum dialogische Formate, projektorientierte Zugänge und Workshops an, die kreatives und forschendes Arbeiten fördern. Die Kombination aus Wahrnehmung, Reflexion und eigener gestalterischer oder forschender Praxis ermöglicht nachhaltige Lernerfahrungen. Schülerinnen und Schüler werden nicht nur zu Betrachtenden, sondern zu aktiv Forschenden und Gestaltenden.



Inspiziert von Kunst und Natur werden die Objekte befragt, beobachtet und in den Kontext der eigenen Lebensrealität gesetzt. Foto: Museum Wiesbaden

Um eine Teilhabe für alle zu ermöglichen, sind die Angebote bewusst niedrigschwellig konzipiert. Der Eintritt für pädagogische Gruppen ist kostenfrei. Führungen und Workshops können flexibel gebucht und an die Bedürfnisse der jeweiligen Gruppe angepasst werden. Auch selbstgeführte Besuche werden unterstützt, indem das Museum Arbeitsmaterialien oder digitale Angebote für die eigenständige Arbeit bereitstellt. Als Lehrkraft ist der Eintritt auch ohne Gruppe kostenfrei, um Besuche vorzubereiten. Damit zeigt sich das Museum Wiesbaden als vielseitiger außerschulischer Lernort, der weit über den klassischen Ausstellungsbesuch hinausgeht. Ob als inspirierende Exkursion mit der Schulklasse oder als gemeinsamer Ausflug mit der Kita-Gruppe, es entstehen Begegnungen, die im Gedächtnis bleiben und neue Perspektiven eröffnen. Das Museum ist direkt in der Innenstadt in Bahnhofsnähe gelegen. Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Weitere Infos unter: <https://museum-wiesbaden.de/vermittlung-kitas-schulen>

TheaterGrueneSosse

Lernen, wer du sein kannst – im Theater!

Christina Görkes & Ossian Hain

Zwei Schauspielerinnen stehen im Scheinwerferlicht. Sie tragen Strickkostüme mit männlichen und weiblichen Genitalien und tanzen, um die Geschichte der sexuellen Freiheitsbewegung der 60er zu illustrieren. Wir befinden uns mitten im Kapitel Sex des Theaterstücks „Sex, Drugs, Ethik, Geschichte und Rock’n’Roll“ von TheaterGrueneSosse, einer der ältesten freien Kinder- und Jugendtheatergruppen Deutschlands. Die Schüler:innen einer weiterführenden Schule aus Offenbach stutzen zunächst, kichern, kommentieren und lassen sich gleichzeitig auf die Szene ein. Im Nachgespräch mit den Schauspieler:innen wird die Bandbreite der Reaktionen noch einmal deutlich. Die Frage: „*Habt ihr euch nicht dabei geschämt?*“ bezieht sich vordergründig auf die Schauspieler:innen – spiegelt aber zugleich die Gefühle und Gedanken der Jugendlichen in Bezug auf ihre eigene Sexualität wider. War das jetzt lustig, peinlich, selbstironisch, provokativ, alles zusammen?

Die Frage begegnet uns oft: Wenn Schule Wissen und Fähigkeiten vermittelt und Theater ein „außerschulischer Lernort“ ist: Was kann man dann dort lernen? „*In unseren Stücken ist man als Kind oder Jugendlicher erstmal selbst gemeint*“, erklärt Liljan Halfen, Regisseurin und künstlerische Leitung. Seit über 40 Jahren beschäftigt sich die mehrfach preisgekürnte freie Theatergruppe mit den Themen des Jungseins und macht daraus feine, wilde, manchmal experimentelle, aber immer dem jungen Publikum zugewandte Theaterstücke. In Klassikern wie der freien Adaption von „Struwwelpeter“, die den Sinn und Unsinn von Erziehungsregeln erforscht, aber auch in einzigartigen Performances wie „Apokalypse Resistance Training“, in der Protest-Biografien in verschiedenen politischen Systemen erzählt werden. Dabei verzichten die Inszenierungen bewusst auf den berühmten pädagogischen Zeigefinger. Sie regen eine Auseinandersetzung an, laden zu Widerspruch und eigener Interpretation ein.

Weit über 120 Vorstellungen spielt TheaterGrueneSosse so jedes Jahr – im Theaterhaus Frankfurt oder dem Hessischen Landestheater Marburg, aber auch in Stadthallen, Schulen und bei internationalen Festivals. Viele Stücke entstehen im direkten Austausch mit Kindern und Jugendlichen, die bereits im Probenprozess die Möglichkeit haben, wertvolles Feedback zu geben. Die Stücke arbeiten mit vielfältigen künstlerischen Mitteln, von Tanz bis Erzähltheater. Ein Theaterbesuch eröffnet dabei nicht nur dem jungen Publikum neue Sichtweisen. „*Oft erleben Lehrkräfte ihre Schüler:innen im und nach dem Theater plötzlich ganz anders als im Unterricht: fantasievoll, engagiert, involviert*“, so Theaterpädagogin Christiane Alfes.

Theater spricht die Fantasie an und bietet die Freiheit, lebendig zu reagieren. Die Arbeit des Ensembles endet nicht im Theatersaal. Als spezialisiertes Kinder- und Jugendtheater ist das TheaterGrueneSosse auf die Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Einrichtungen ausgerichtet. Theaterpädagog:innen bieten Vor- und Nachbereitungsworkshops zu den einzelnen Stücken an. Aufbereitetes Unterrichtsmaterial und altersgerechte theaterpädagogische Übungen rund um die Stücke unterstützen die eigene Nachbereitung in der Schule. In Fortbildungen schafft TheaterGrueneSosse regelmäßig Räume, um interessierten Pädagog:innen und ganzen Kolleg:innengruppen den freudvollen Zugang zur kulturellen Bildung methodisch zu vermitteln.

Wegen des oft engen Zeitplans im Schulalltag setzt TheaterGrueneSosse auf den persönlichen Dialog. Ein kurzes Telefonat ermöglicht oft ein besonderes Theatererlebnis, sei es eine Vorstellung oder die Umsetzung von Angeboten an der eigenen Schule. Oder es bildet die Grundlage für ein neues Kooperationsprojekt zwischen Einrichtung und Theater. Immer wieder finden Jugendliche den Weg ins Theatermachen aus eigenem Antrieb – und landen zum Beispiel im Jungen TheaterLabor von TheaterGrueneSosse, wo sie mit den Miteln der Kunst ihre eigene Lebenswelt erforschen.

Weitere Infos unter: www.theatergruenesosse.de



Mitten im Kapitel Sex des Theaterstücks *Sex, Drugs, Ethik, Geschichte und Rock’n’Roll* von TheaterGrueneSosse, Foto: Katrin Schander

Erst integriert – dann abgeschoben?

Neu gegründetes Bündnis fordert „Bildung statt Abschiebung“

Isabel Carqueville

„Wenn Mitschüler:innen plötzlich nicht mehr im Unterricht erscheinen, weil sie abgeschoben wurden, zerstört das Vertrauen – in Politik, in Behörden und in ein sicheres Lernen. Bildung darf niemals vom Aufenthaltsstatus abhängen.“

Mit diesen Worten brachte Sunena Akbar von der hessischen Landesschüler*innenvertretung Anfang Dezember 2025 die Problematik auf den Punkt. Anlass war die Gründung des Bündnisses „Bildung statt Abschiebung“. Zu den Initiator:innen zählen die GEW Hessen, der Hessische Flüchtlingsrat, die Landesschüler*innenvertretung, die Diakonie Hessen, der Paritätische Hessen sowie der Landesausländerbeirat (agah).

Seitdem haben sich rund 1000 Einzelpersonen und Organisationen dem Bündnis angeschlossen. Darunter sind inzwischen auch Kreistage, Parteien und deren Jugendorganisationen, Migrationsberatungsstellen sowie zahlreiche Engagierte vor Ort. Die Resonanz war durchweg positiv. Viele schienen bereits lange auf eine solche Vernetzungsplattform gewartet zu haben: für Austausch, fachlichen Input und kon-

krete Unterstützung im Umgang mit Abschiebungsfällen.

Verunsicherung in Schulen und Kitas

Besonders groß ist die Verunsicherung bei Lehrkräften und pädagogischen Fachkräften, wenn sie erfahren, dass Schüler:innen beziehungsweise deren Familien von Abschiebung bedroht sind. Fortbildungen zu diesem Thema fehlen weitgehend. Die GEW setzt sich bereits seit vielen Jahren gegen Abschiebungen aus Bildungseinrichtungen ein. Diese sind zwar bislang nicht vorgekommen, ein rechtliches Verbot gibt es aber nicht. Der Koalitionsvertrag von CDU und SPD in Hessen enthält zumindest die vage Absichtserklärung, dass Abschiebungen aus Kitas und Schulen vermieden werden sollen. Doch die veränderte migrationspolitische Debatte, die von restriktiven Positionen geprägt ist, führt auch an Kitas und Schulen zu einem veränderten Klima.

Selbst junge Menschen in Ausbildung, die bislang als vergleichsweise gut geschützt galten, sehen sich wachsender Unsicherheit ausgesetzt. Besonders widersprüchlich wirkt dies angesichts des akuten Fachkräftemangels, wenn es ausgerechnet Mangelberufe trifft, wie Auszubildende für die Pflege oder zur Erzieher:in. Fachleute weisen zudem darauf hin, dass häufig gut integrierte und daher auch gut erreichbare Personen von Abschiebungen betroffen sind. Die in politischen Debatten in den Mittelpunkt gestellten „Gefährder“ spielen dabei eine kleinere Rolle. Abschiebungen können kurzfristig erfolgen, ohne vorherige Ankündigung, ohne Möglichkeit zur Verabschiedung und zur Information von Freund:innen oder Kolleg:innen. Abgeschoben wird zumeist mitten aus dem Alltag: auf dem Weg

zur Arbeit, zum Ehrenamt oder eben zur Schule. Für die Betroffenen bedeutet dies ein Leben in ständiger Ungewissheit.

Von Beratungsstellen wird die Praxis bezüglich der Erteilung von Duldungspapieren in Hessen als zunehmend restriktiv beschrieben. Diese schützen zwar mit wenigen Ausnahmen nicht vor einer Abschiebung. Doch ist ein „geduldeter“ Aufenthalt zwingend, um ein Bleiberecht auch nach abgelehntem Asylantrag erhalten zu können. Mit der veränderten Praxis werden auch die Zugänge zur Ausbildung und zum Arbeitsmarkt erschwert, da rechtliche Voraussetzungen für die Beschäftigung fehlen. Der steigende Druck auf die Betroffenen wirkt auf eine freiwillige Ausreise hin.

Abschiebungen betreffen nie nur Einzelne. Sie hinterlassen Lücken im sozialen Gefüge: Freund:innen in der Schule sind plötzlich verschwunden, Kita-Kinder verstehen nicht, warum Spielkamerad:innen oder vertraute Bezugspersonen nicht mehr da sind. Für pädagogische Fachkräfte entstehen Situationen, die kaum erklärbar sind und emotional stark belasten.

Aktueller Fall in Gießen

Die Absurdität und die Härte der aktuellen Migrationspolitik wird an dem Beispiel von Erol Acar deutlich. Der junge Mann ist vor drei Jahren zusammen mit seiner Mutter und zwei Brüdern aus der Türkei nach Deutschland gekommen. Sie lebten als Angehörige der kurdischen Minderheit in der Nähe der syrischen Grenze und berichten von politischer Verfolgung. Zunächst kamen sie in die Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen.



Aktuelle Informationen zum Bündnis „Bildung statt Abschiebung“ finden sich online unter www.gew-hessen.de/bildung-statt-abschiebung. Dort ist auch weiterhin ein Beitritt zum Bündnis möglich. Informationen werden anschließend per E-Mail versendet. Für Nachfragen steht die Autorin Isabel Carqueville gerne zur Verfügung: icarqueville@gew-hessen.de

Erol Acar lernte schnell die deutsche Sprache und begann schon im Asylverfahren eine Ausbildung als Pflegefachkraft an einem Gießener Krankenhaus. Als sein Asylantrag negativ beschieden wurde, bemühte er sich um eine Ausbildungsduldung. Doch ihm wird vorgeworfen, dass er nach der Einreise nach Deutschland seinen Pass nicht innerhalb der vorgesehenen Sechsmonatsfrist vorgelegt hat, weswegen er nun keinen legalen Aufenthaltsstatus erhalten könne.

Eine Petition an den Hessischen Landtag hatte keinen Erfolg. Bis klar war, dass sein Härtefallantrag in der hessischen Härtefallkommission angenommen wird, wurde Erol sehr kurzfristig in Kirchenasyl aufgenommen, um eine Abschiebung zu verhindern. Eine Gruppe von Unterstützer:innen hat Ende März im Rahmen einer öffentlichen Kundgebung eine Bleibeperspektive für ihn eingefordert. Dort sprach auch die 19-jährige Aysu, die in Linden bei Gießen lebt. Sie war ein Jahr zuvor aus einer Wohngruppe der Jugendhilfe heraus abgeschoben worden, in ihrem Fall nach Aserbaidschan. Ein Unterstützernetzwerk setzte sich danach für sie ein und ermöglichte ihr die Rückkehr mit Hilfe gesammelter Spenden, um die Abschiebekosten zu begleichen. Die bereits vor der Abschiebung geplante Ausbildung zur Altenpflegehelferin konnte sie inzwischen tatsächlich beginnen.

Erol ist zwar momentan sicher, da sein Härtefallbegehren angenommen wurde. Seine Zukunft in Deutschland bleibt aber vorerst ungewiss. Wann und wie die Entscheidung innerhalb des behördenunabhängigen Gremiums fallen wird, ist unklar. Und das letzte Wort hat der hessische Innenminister, selbst wenn die Kommission für eine Anerkennung als Härtefall votiert.

Große Resonanz auf Fachtagung

Wie groß der Gesprächs- und Handlungsbedarf ist, zeigte sich auch bei der ersten Fachtagung des Bündnisses: Innerhalb weniger Tage war die Veranstaltung ausgebucht. Anfang März kamen



Hintere Reihe von links: Andreas Lipsch (Diakonie Hessen), Timmo Scherenberg (Hessischer Flüchtlingsrat), Julia Frank (Bündnis 90/Die Grünen), Isabel Schnitzler (FDP), Verena David (CDU), Josefine Koebe (SPD), Sonja Schmithals (Schulleiterin), Daniela Mehler-Würzbach (Die Linke); vordere Reihe von links: Thilo Hartmann (GEW Hessen), Lea Rosenberg (Der Paritätische Hessen), Natalie Maurer (Refugee Law Clinic Gießen)

120 Teilnehmende im Frankfurter DGB-Haus zusammen. Nach einem fachlichen Input des Migrationsanwalts Dr. Jonathan Leuschner arbeiteten die Teilnehmenden in vier Workshops zu unterschiedlichen Themenbereichen, von rechtlichen Handlungsspielräumen und -grenzen bis hin zu politischen Handlungsmöglichkeiten auf Kommunal- und Landesebene. Im Anschluss diskutierten Vertreter:innen der Parteien unter der Moderation von Andreas Lipsch von der Diakonie Hessen miteinander. Verena David (CDU), Josefine Koebe (SPD), Julia Frank (Bündnis 90/Die Grünen), Isabel Schnitzler (FDP) und Daniela Mehler-Würzbach (Die Linke) nahmen an der Podiumsdiskussion teil und stellten sich den Fragen der Anwesenden.

Zentraler Bestandteil der Tagung war die Verabschiedung einer „Erklärung für eine humane und bildungsorientierte Migrations- und Flüchtlingspolitik“, die den politischen Vertreter:innen mit nach Wiesbaden und in die Kommunen gegeben wurde. Die Erklärung formuliert vier zentrale Forderungen:

1. Ein Ende der integrationsfeindlichen Abschiebep Praxis – insbesondere

bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in schulischer oder beruflicher Ausbildung.

2. Die uneingeschränkte Umsetzung bestehender Bleiberechtsregelungen.

3. Die konsequente Umsetzung der im Koalitionsvertrag angekündigten Einzelfallberatungen für Migrant:innen in Hessen.

4. Keine Abschiebung von Kindern und Jugendlichen aus Kita, Schule oder Ausbildung.

Das Bündnis „Bildung statt Abschiebung“ wird seine Arbeit fortsetzen. Derzeit entsteht eine Handreichung für pädagogische Fachkräfte, die Orientierung geben soll: Wie können betroffene Kinder und Familien unterstützt werden? Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen? Wo liegen rechtliche Grenzen? Klar ist: Pädagogische Fachkräfte dürfen Abschiebungen nicht eigenmächtig verhindern, sind aber ebenso wenig verpflichtet, diese aktiv zu unterstützen. Eine weitere Veranstaltung ist bereits in Planung, um den Austausch fortzuführen und weiteren Interessierten die Teilnahme zu ermöglichen.

„Regeln alleine reichen nicht“

Ergebnisse einer GEW-Umfrage zu Rechtsextremismus an Schulen

Christoph Baumann

Im Zuge der Wahlerfolge extrem rechter Parteien gibt es immer wieder Nachrichten, die nahelegen, dass rechtsextreme Vorfälle und antidemokratische Einstellungen an Schulen zunehmen. Seitens des Kultusministeriums liegen nur unzureichend gesicherte Erkenntnisse vor, die Zahl offiziell gemeldeter Vorfälle hat auf jeden Fall zugenommen. Um eine bessere Übersicht zu erhalten, hat sich die GEW Hessen im Herbst 2025 mit einer Onlinebefragung an ihre Vertrauensleute als GEW-Ansprechpersonen an den Schulen gewandt. Auch wenn die Befragung nicht die Kriterien einer repräsentativen Studie erfüllt, liefert sie doch wichtige Hinweise.

Verbreitung von Vorfällen

Insgesamt sind 133 Antworten von ebenso vielen Schulen zurückgekommen. Der Fragebogen bestand aus mehreren standardisierten Fragen mit jeweils drei Antwortmöglichkeiten: Ja, nein oder keine Antwort. Die Kernfrage, ob es als „dezidiert rechts“ zu beschreibende Schüler:innen an der jeweiligen Schule gäbe, beantworteten 48 von ihnen mit Ja (36 Prozent). Zu der Frage, wie sich das konkret äußert, konnten mehrere Möglichkeiten ausgewählt werden. Die meisten Nennungen erhielten dabei „rassistische“ oder „queerfeindliche Äußerungen“ (je 29 Nennungen) sowie „Bekenntnis zu/Werbung für AfD“ (28 Nennungen).

Immerhin sechs Vertrauensleute antworteten mit Ja auf die Frage, ob es „rechtsextrem motiviertes aggressives/bedrohliches Auftreten von Schüler:innen gegenüber Lehrkräften/Sozialpädagogen/anderem Personal der Schule“ gibt. Deutlich öfter wurde jedoch ein solches Verhalten gegenüber Mitschüler:innen beobachtet, vor al-

lem „in Form von Schmähungen/Mobbing“ (25 Nennungen). Aber auch von „verbalen Drohungen“ wurde häufiger berichtet (19 Nennungen). Sieben mal wurden körperliche Angriffe genannt.

Immerhin 18 Vertrauensleute stellten fest, dass es Schüler:innen oder Eltern gibt, „die gegenüber Lehrkräften den Vorwurf äußerten, das Neutralitätsgebot durch Positionierung gegen Rechtstendenzen/die AfD verletzt zu haben.“ 72 Personen haben diese Frage eindeutig mit Nein beantwortet. Insgesamt 21 konstatierten einen Rechtsruck, „der sich auf Inhalte und Formen des schulischen Lebens auswirkt“. Gleichwohl kann die Mehrheit bisher keinen eindeutigen Rechtsruck an ihren Schulen feststellen: 68 antworteten auf diese Frage mit Nein, 44 blieben unentschieden (siehe Diagramm).

Eine Auswertung nach Regionen und Schulformen erübrigt sich, da beide Angaben optional waren. Feststellen lässt sich nur, dass es Rückläufe aus allen Regionen des Bundeslandes und aus allen Schulformen gab. Weitere interessante Hinweise lieferten jedoch die Antworten über offene Freitextfelder. Über diese wurden zahlreiche zum Teil sehr ausführliche Darstellungen zur Situation an der jeweiligen Schule und in deren Umfeld hinzugefügt. Dies ist ein Indiz, dass das Problem die Lehrkräfte stark beschäftigt.

Ursachen und Handlungsstrategien

Unter der Frage „Woher kommt der Rechtsruck?“ wurde wiederholt auf die „*einseitige Berichterstattung in den Medien*“ und insbesondere den „*Einfluss sozialer Medien*“ verwiesen. Dort fänden sich beispielsweise „*zig kleine Memes, die rechte Inhalte humorvoll*

oder unter dem Label ‚ich meine ja nur‘ präsentierten“. Mehrfach wurde explizit die negative Rolle der Plattform TikTok genannt.

Ein ebenfalls sehr großer Einfluss wird den Eltern und dem familiären Umfeld zugeschrieben: „*Viele der Eltern sind mit Erziehung oder der Regelung des täglichen Lebens überfordert: Schuld sind immer andere, regeln müssen es aber auch immer andere.*“, „*Die ‚Schuld-Narrative‘ der AfD treffen hier auf offene Ohren, die angebotenen ‚Alternativen‘ werden assimiliert – auch das ist bequem.*“, „*Die AfD macht Stimmung via Social Media und im Parlament, die Grenzen des Sagbaren werden immer weiter nach rechts verschoben. Die Verantwortung dafür tragen aber auch die Parteien der vermeintlichen Mitte, die diesen Kurs nach rechts sowohl sprachlich als auch inhaltlich mitgehen.*“ Auch andere nehmen die gesellschaftliche Mitte in die Verantwortung: „*Eine Brandmauer ist schon lange nicht mehr vorhanden. Es gibt kein Miteinander und die Kultur der Debatte ist so verroht, sie basiert zum Teil auf persönlichen Diffamierungen und nicht auf sachlicher Kritik.*“ Als weitere Faktoren wurden Angst vor einer unsicheren Zukunft, Neid, Perspektivlosigkeit und geringe historische beziehungsweise schulische Bildung genannt.

Eine Frage bezog sich auf gegebenenfalls bestehende Handlungsstrategien gegen rechtsextreme und antidemokratische Tendenzen an der jeweiligen Schule. Einige Ansätze werden hier kurz zusammengefasst:

- Demokratie leben, Schülerinnen und Schüler mitentscheiden lassen.
- Fremdenfeindliche Parolen und Aussagen sofort ahnden.
- Zusammenarbeit mit demokratischen Initiativen vor Ort pflegen.

- Grundsätzlich klare Kante gegen Ausgrenzung, Intoleranz und Antisemitismus im und außerhalb des Unterrichts zeigen.
- Aufklärung über Ziele und Strategien rechter Gruppierungen im Unterricht leisten.
- Schulweite Gedenkstättenarbeit mit Besuch der Gedenkstätten (Dachau, Hadamar) sowie regelmäßige Zeitzeugengespräche durchführen.
- Soziales Miteinander leben, Schulregeln und Klassenregeln aufstellen und umsetzen sowie Prävention durch Schulsozialarbeiter:innen.
- Klare Position beziehen in Gesprächen mit den Eltern.

Differenziert fielen auch die Antworten auf die Frage nach Hindernissen bei der Umsetzung schulischer Handlungsstrategien aus. Mehrfach wurde eine uneinheitliche Position der Kollegien geschildert: „Viele Mitglieder der Schulgemeinde sind desinteressiert.“, „Im Kollegium herrscht Angst, das Neutralitätsgebot zu verletzen, deshalb politische Zurückhaltung. Schulleitung lehnt Resolution ab.“ Aus einer Grundschule kommt diese Einschätzung: „Zu wenig Zeit. In unserer Schule sind die Schüler noch zu jung, um wirklich rechts zu sein. Sie spiegeln nur wider, was ihre Eltern vorleben. Und diese können wir nicht erziehen.“

Eine weitere Erfahrung: „Pädagogische Maßnahmen verfehlen oft ihr Ziel, da Eltern nicht kooperieren und die Einstellung ihrer Kinder teilen.“ Ordnungsmaßnahmen werden als nicht mehr zeitgemäß angesehen, da die Schüler:innen ein Fernbleiben vom Unterricht „feiern“ würden und in der freigestellten Zeit nichts Sinnvolles machten. Ein wesentlicher Hinweis, der in ähnlicher Form wiederholt auftauchte: „Zeit und Kraft, also personelle Ressourcen, sind in unsinniger Bürokratie gebunden.“

Rückendeckung benötigt

Viele Antworten gab es auf die Fragen nach weiteren Ideen für Handlungsstrategien und wer sonst noch aktiv gegen rechtsextreme Tendenzen werden müsste. Wiederholt wurde mehr

Zeit für die Bearbeitung der Themen Rechtsextremismus und Faschismus im Unterricht gefordert. Es bedürfe der zusätzlichen Unterstützung durch Sozialpädagog:innen und Schulsozialarbeit, möglichst früh solle mit multiprofessionellen Teams in den Klassen gearbeitet werden. Zu den Forderungen nach einem „Handyverbot“ beziehungsweise „Verbot der Nutzung sozialer Medien für unter 16-Jährige“ kommt die nach „Aufklärung über soziale Medien und die Gefahren im Netz“. Denn: „Die Kinder und Jugendlichen wachsen mit TikTok und Social Media auf und dort hat im Moment die AfD die ‚Deutungschoke‘.“

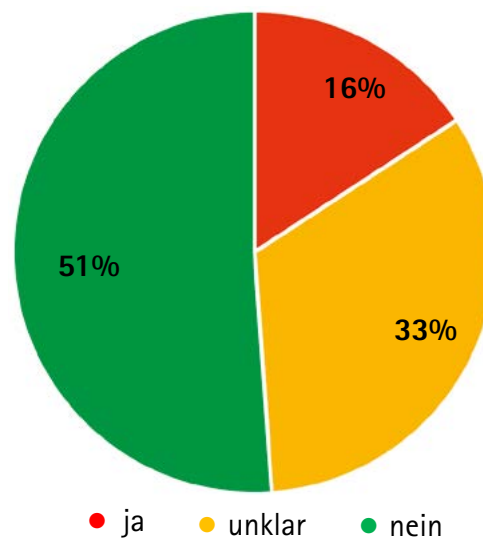
Eingefordert wurde jedoch auch „rechtliche Klarheit und Rückendeckung, wenn es darum geht, ‚Demokratielernen‘ auch gegen Widerstand aus der Elternschaft durchzusetzen“. Ebenfalls in diesem Sinne: „Definitiv die Lehrer:innen stärken und schützen, vor allem gegen großkotzige Jugendliche, deren Eltern ein ‚höheres‘ Amt bekleiden.“ Und: „Mobbing-Opfer ernst nehmen und handeln und nicht kuscheln.“ Eine stärkere Unterstützung und der Schutz durch Schulleitung und Schulverwaltung werden als unbedingt erforderlich angesehen. Schulregeln, die eindeutig gegen Rechtsradikalismus, Rassismus und Queerfeindlichkeit Stellung beziehen,

sollten in den Blick genommen werden. Aber: „Regeln alleine reichen nicht, es geht dann auch um Strategien ihrer Durchsetzung im Schulalltag. Dazu müssen Schulen auch einen Schutzraum gegen verbale, aber wohl auch körperliche Angriffe bieten. Sanktionsmaßnahmen gegen rechtsradikale Aktivitäten müssen entwickelt werden.“

Auch im Hinblick auf die gewerkschaftliche Arbeit werden Vorschläge unterbreitet: „Die GEW sollte – neben Materialien für den Unterricht – verstärkt Fortbildungen für unsere Kolleg:innen im Umgang mit rechtsradikalen Äußerungen und Verhaltensweisen bei Schüler:innen anbieten.“ Zudem „sollten Initiativen wie ‚Schüdis gegen rechts‘ unterstützt und gefördert werden“. Die GEW könne Hilfestellung geben, um antifaschistische Lehr- und Fachkräfte zu vernetzen. Lehrkräfte sollten ermutigt werden, menschenverachtende Äußerungen zur Anzeige zu bringen – sowohl von Lehrkräften als auch von Schüler:innen.

Abschließend soll hier ein zutreffender Appell aus der Umfrage wiedergegeben werden: Jede Lehrkraft muss für die „eigenen Überzeugungen eintreten und Unrecht benennen. Individuelle Zivilcourage ist und bleibt die Grundlage allen koordinierten Handelns.“

Diagramm: Beeinflusst der Rechtsruck das Schulleben?



Antworten auf folgende Frage: Gibt es einen Rechtsruck, der sich auf Inhalte und Formen des schulischen Lebens auswirkt?

HLZ

„Der 1. Mai ist unser Tag“

Die Vorsitzenden der GEW Hessen zum Tag der Arbeit 2026

Heike Ackermann, Simone Claar & Thilo Hartmann

Auch in diesem Jahr war das Vorsitzenden-Team der GEW Hessen anlässlich des Tags der Arbeit unterwegs: Simone Claar war bereits am 28. April zum Mahl der Arbeit nach Fulda eingeladen. Heike Ackermann sprach auf der Mai-Kundgebung in Bad Hersfeld, Thilo Hartmann in Rüsselsheim. Die HLZ dokumentiert hier Auszüge aus ihren Reden.

Simone Claar, Fulda



Der Angriff auf den Achtstundentag und die Ausweitung der Arbeitszeit betreffen nicht die Menschen, die diese Vorschläge in den politischen Raum einbringen. Merz hat weder auf dem Bau, an der Supermarktkasse oder mit Menschen gearbeitet. Studien beweisen, dass Menschen mit mehr Pausen deutlich kreativer und leistungsfähiger sind. Die Vorschläge sind kurzfristig gedacht und haben keine Auswirkungen auf die langfristige Produktivität unserer Gesellschaft. Wir arbeiten in der Regel alle zu viel. Es gibt Gründe, warum an Hochschulen selten Arbeitszeiterfassung bei Wissenschaftler:innen stattfindet. Das Ergebnis wäre eine hohe Menge von Mehrarbeit, die bisher unbezahlt stattfindet. Ähnliches in Schulen und anderen Bereichen. Das hätte die logische Konsequenz, dass mehr Personal benötigt würde oder weniger Arbeit möglich wäre.

Hinter der Arbeitszeitdebatte verbirgt sich viel mehr als die Lohnarbeit: die unbezahlte Sorgearbeit – die Arbeit, die Kinder erzieht, alte Menschen pflegt, Familien zusammenhält, Gemeinschaften stärkt. Diese Arbeit bleibt oft unsichtbar, unentgeltlich und unanerkannt, obwohl sie die Grundlage unserer gesellschaftlichen Reproduktion ist. Die jahrhundertealte Aufteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern wird in der Sorgearbeit manifestiert. Zeitpolitik ist daher nicht nur eine Frage der Arbeitszeit, sondern eine Frage der gesellschaftlichen Gestaltung der Zeitverteilung – und hier spielt das Geschlecht eine entscheidende Rolle. Denn Sorgearbeit wird nach wie vor überwiegend von Frauen* übernommen. Dies führt zu einer tiefgreifenden Ungerechtigkeit: Frauen* arbeiten doppelt – einmal im Lohnarbeitsmarkt, einmal in der unbezahlten Sorge für Familie und Gemeinschaft. Diese Doppelbelastung wirkt sich auf ihre berufliche Entwicklung, ihre finanzielle Sicherheit, ihre Gesundheit und ihre politische Teilhabe aus.

Doch die Ungerechtigkeit reicht weiter: Politische Teilhabe und Partizipation im Ehrenamt sind für Frauen* mit Sorgeverantwortung deutlich schwieriger. Die zeitlichen Verfügbarkeiten sind deutlich andere: Nicht nur Politik findet an den Randzeiten des Tages statt, sondern auch gewerkschaftliche Arbeit, Arbeit in den Vereinen usw. Diese ehrenamtliche Arbeit ist unverzichtbar für eine lebendige Demokratie und Gesellschaft. Doch sie bleibt oft Männern vorbehalten, weil sie aufgrund der Verteilung von Arbeit mehr Zeitsouveränität haben.

Die zentrale Gerechtigkeitsfrage ist: Wer bestimmt, wie die Zeit verteilt wird, und wer macht welche Form von Arbeit? Zeit ist nicht neutral. Jede:r soll die Möglichkeit haben, über seine eigene Zeit zu bestimmen – unabhängig

von Geschlecht, sozialer Herkunft, beruflichem Status oder familiärer Rolle. Zeitpolitik ist daher nicht nur eine soziale, sondern eine politische, geschlechter- und demokratiepolitische Frage. Sie ist ein zentraler Baustein für eine gerechtere Gesellschaft, in der Arbeit nicht mehr das Maß aller Dinge ist, sondern in der Menschen die Freiheit haben, sich selbst, ihren Körper, ihre Beziehungen und ihre Gemeinschaften zu pflegen. Eine Gesellschaft, in der die Zeit nicht mehr nur für den Profit, sondern für das Leben zählt.

Heike Ackermann, Bad Hersfeld



Der 1. Mai ist unser Tag. Ein Tag, an dem wir unsere Anliegen gemeinsam zum Ausdruck bringen. Unser diesjähriges Motto lautet: „Erst unsere Jobs, dann Eure Profite!“ Beschäftigte vor Profite – das galt für uns immer schon. Denn immer schon haben wir Gewerkschaften uns gegen Profitgier und Ausbeutung gewehrt. In der heutigen Zeit ist das aber besonders richtig. Denn die Lage ist ernst: Wir kommen aus dem wirtschaftlichen Tief nicht heraus. Zuerst die Pandemie, dann die Energie- und Inflationskrise infolge des russischen Angriffskriegs. Die aggressive Handelspolitik der USA und die protektionistische Industriepolitik Chinas

lassen zudem wichtige Exportmärkte wegbrechen. Und nun noch der Krieg der USA und Israels im Iran, der die Energiekosten erneut in die Höhe treibt.

Hinzu kommen hausgemachte Probleme: Kaputtsparen der öffentlichen Infrastruktur, Fehlen einer Strategie für Industrie und Dienstleistungen, unterlassene Investitionen der Unternehmen in Zukunftstechnologie, und nicht zuletzt Managementversagen. Statt aber jetzt endlich in Innovationen, Qualifizierung und Daseinsvorsorge zu investieren, werden Arbeitsplätze abgebaut. Jeden Monat gehen 10.000 Jobs verloren – gerade auch in Kernbereichen der Industrie.

Immer mehr Kolleg:innen haben Angst um ihre Zukunft und die ihrer Familien. Zu Recht erwarten sie eine Politik, die Stabilität und Sicherheit gibt. Was sie erleben, ist aber das Gegenteil: Markt-extreme und Arbeitgeber wittern ihre Chance. Sie wollen im Windschatten der Krise die Axt an den Sozialstaat legen, Rechte der Beschäftigten schleifen, Profite auf unsere Kosten sichern. Zu faul, zu krank, zu verwöhnt, zu teuer: So nennen sie uns. Derlei Parolen vertiefen die Verunsicherung der Menschen. Sie vergiften das gesellschaftliche Klima.

Im Zentrum ihrer Angriffe steht der Sozialstaat. Sie beschimpfen ihn als „aufgebläht“, als „nicht mehr finanzierbar“. Die Fakten zeigen anderes: Die Sozialausgaben sind über Jahrzehnte, gemessen an der Wirtschaftsleistung, stabil geblieben. Was wächst, sind die Aufgaben. Ein starker Sozialstaat bemisst sich nicht an Einsparzielen. Er bemisst sich daran, ob und wie er im Alltag tatsächlich wirkt. Er bemisst sich daran, ob er das Leben der Menschen besser, einfacher und sicherer macht. Er bemisst sich daran, ob er die Gesellschaft gerechter macht. Und deshalb werden wir uns jedem Versuch entgegenstellen, diesen Sozialstaat zu schleifen.

In Büros, in Krankenhäusern, in Schulen, in Kitas, in der Produktion, in den Verwaltungen, bei der Polizei, in den Rettungsdiensten und in unzähligen Dienstleistungsbereichen arbeiten

Menschen längst am Limit oder weit darüber hinaus. Viele werden krank durch ihre Arbeit – nicht weil sie sich drücken, sondern weil Personalmangel, Verdichtung und ständiger Druck zur Normalität geworden sind. Es gehört leider auch dazu, dass prekäre Beschäftigung noch immer weit verbreitet ist. Millionen Menschen – besonders Frauen – hängen in Minijobs fest. Wir als Gewerkschaften sagen daher: Gute Arbeit heißt nicht irgendeinen Job zu haben. Gute Arbeit heißt sichere Beschäftigung, faire Löhne, Tarifbindung, soziale Absicherung, Schutz vor Überlastung, Planbarkeit des Lebens und Respekt vor der Leistung der Beschäftigten.

Thilo Hartmann, Rüsselsheim



Die aktuellen Angriffe auf den Sozialstaat haben eine Vorgeschichte. Zuerst haben Markt-extreme und Arbeitgeber, die Union und die FDP gegen das Bürgergeld gehetzt, assistiert von Helferlein in Politik und Medien. Sie alle schwurbelten: Das Bürgergeld halte davon ab, arbeiten zu gehen. Im Ergebnis haben Union und SPD Hartz IV zurückgeholt. Sie haben den Vermittlungsvorhang wieder eingeführt und Sanktionen verschärft. Sie zwingen dazu, fast jeden Dicksjob anzunehmen. Aber es ist eben nicht jede Arbeit besser als keine.

Arbeit um jeden Preis drückt die Löhne und verschlechtert die Arbeitsbedingungen. Das werden wir niemals hinnehmen. Was übrigens auch für das Vorhaben der Koalition gilt, die tägliche Höchstarbeitszeit auf bis zu 13 Stunden anzuheben. Eine unfassbare po-

litische Provokation! Denn der Kampf um die Begrenzung der Arbeitszeit ist eines unserer ursprünglichsten Anliegen. Anfang Mai 1886 streikten in den USA Millionen für den Achtstundentag. In Chicago erschoss die Polizei mehrere Arbeiter. Acht Streikorganisatoren wurden im Nachgang in Schauprozessen zum Tode verurteilt und hingerichtet. Deshalb begehen wir seit 1890 am 1. Mai den Tag der Arbeit.

Schwarz-Rot plant also einen historischen Rückschritt. Die Arbeitgeber würden diese Steilvorlage dankend annehmen. Sie würden abertausende Beschäftigte im Handel und vielen anderen Branchen in überlange tägliche Arbeitszeiten pressen. Wohlwissend, dass nach acht Stunden Arbeit die Konzentration deutlich nachlässt, gesundheitliche Schäden zunehmen und sich Fehler häufen. Das ist eine Belastung für die betroffenen Beschäftigten. Und es ist eine Gefahr für uns alle.

Sozialstaat findet auch vor Ort statt – in Kitas, Schulen, Pflegeeinrichtungen, Jugendämtern, Krankenhäusern, Beratungsstellen. Dort entscheidet sich, ob Menschen einen handlungsfähigen Sozialstaat erleben. Dort entscheidet sich, ob sie Vertrauen in staatliches Handeln haben. Doch viele Kommunen sind strukturell und finanziell überlastet. Die Folgen vor Ort sind löchrige Straßen, kaputte Schulklos, gekürzte Öffnungszeiten, überlastetes Personal, geschlossene Schwimmbäder. Und das in einem der reichsten Länder der Welt.

Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Steuergerechtigkeit! Wir brauchen höhere Steuern auf hohe Einkommen. Wir brauchen eine Erbschaftsteuer ohne Privilegien für Überreiche. Wir brauchen höhere Steuern auf Profite. Wir brauchen eine Steuer auf Millionen-Vermögen. Kurzum: Wir müssen in diesem Land endlich wieder in die richtige Richtung umverteilen, und zwar von oben nach unten! Wenn ihr euch also wundert, dass mal wieder kein Geld da ist für die Sanierung der Schule, für das Freibad oder den Nahverkehr, dann macht Euch und anderen klar: Geld ist da. Es steckt nur in den falschen Taschen.

Perspektivwechsel erforderlich

Mehrsprachigkeit ist kein Problem, sondern pädagogische Ressource

Maria Ringler

In Frankfurt werden mehr als 200 Sprachen gesprochen, dennoch dominiert im schulischen Kontext nahezu ausschließlich Deutsch. Statistische Daten zeigen, dass die Gesellschaft längst migrationsdivers ist. Auch in Hessen hat ein großer Teil der Bevölkerung eine Migrationsgeschichte. Unter Schüler:innen liegt der Anteil landesweit bei etwa der Hälfte.

Viele Kinder wachsen somit zwei- oder mehrsprachig auf. In Bildungsinstitutionen bleiben diese Sprachen jedoch weitgehend unsichtbar. Das deutsche Bildungssystem ist damit strukturell überwiegend einsprachig, obwohl es mit einer mehrsprachigen Schülerschaft arbeitet. Diese Sichtweise beschrieb bereits in den 1990er Jahren Ingrid Gogolin als „Monolingualen Habitus“. Migration und Mehrsprachigkeit werden dabei häufig weiterhin aus einer Defizitperspektive betrachtet, anstatt als pädagogische Ressource anerkannt zu werden.

Familiäre Sprachpraxen

Mehrsprachigkeit umfasst sehr unterschiedliche Sprachbiografien und Erwerbsverläufe. Manche Kinder wachsen von Geburt an mit mehreren Sprachen auf, andere erwerben zusätzliche Sprachen erst im Kindergarten, in der Schule oder im späteren Lebensverlauf. Mehrsprachigkeit begegnet uns zudem in Wirtschaft, Wissenschaft und internationaler Kommunikation und ist damit ein gesellschaftlicher Normalfall. Der kindliche Spracherwerb hängt wesentlich von Qualität, Umfang und Zeitpunkt des sprachlichen Inputs ab. „Jedes Kind bringt bei seiner Geburt das gesamte Rüstzeug mit, das es zum Spracherwerb benötigt“, schreibt Ingrid Gogolin 2019. In vielen Familien mit Migrationsgeschichte wird zuhause

neben Deutsch mindestens eine weitere Sprache gesprochen. Diese sogenannte „lebensweltliche Mehrsprachigkeit“ ist geprägt durch familiäre Sprachpraktiken, soziale Beziehungen, Mediennutzung und weitere Lebensbedingungen.

Forschungen des Deutschen Jugendinstituts zeigten bereits im Jahr 2000, dass die familiären Sprachpraxen sehr differenziert und die Familiensprachen im Alltag sehr lebendig sind. Sie zeigten auch, dass mehrsprachige Kinder früh zwischen Sprachen differenzieren und situationsbezogen zwischen ihnen wechseln können. Dieses Nutzen mehrerer Sprachen im gleichen Kontext („Code Switching“) stellt eine kommunikative Kompetenz dar und keine sprachliche Fehlentwicklung.

Aktuelle Untersuchungen zur familiären Sprachpraxis verdeutlichen, dass in 88 Prozent der Familien mit Migrationsgeschichte mehrsprachige Kommunikation zum Alltag gehört: 23 Prozent sprechen zuhause ausschließlich eine andere Sprache als Deutsch, 43 Prozent überwiegend eine andere Sprache, 12 Prozent Deutsch und eine weitere Sprache, lediglich 22 Prozent ausschließlich Deutsch (siehe Diagramm). Die häufig geäußerte Annahme, der Gebrauch der Familiensprache behindere den Erwerb des Deutschen, wird durch die Forschung nicht bestätigt. Vielmehr unterstützt eine stabile Mehrsprachigkeit den Erwerb weiterer Sprachen einschließlich des Deutschen.

Schule und Mehrsprachigkeit

Die geringe Berücksichtigung von Mehrsprachigkeit im deutschen Schulsystem hat unterschiedliche Ursachen, darunter bildungspolitische und institutionelle Traditionslinien. Ein Punkt

hier in Hessen ist sicher eine langjährige konservative Bildungspolitik, die an überholten Vorstellungen von Schule festhält. Mehrsprachigkeit spielt bislang weder in Curricula noch in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung eine zentrale Rolle. Herkunftssprachen werden selten systematisch als Bildungsressource einbezogen.

Gerade in urbanen Räumen wie Frankfurt prägt Mehrsprachigkeit jedoch den schulischen Alltag. Die sprachlichen Kompetenzen von Schüler:innen und Fachkräften stellen ein erhebliches Potenzial dar. Werden diese Kompetenzen nicht berücksichtigt, entsteht schnell eine defizitorientierte Sichtweise, in der Sprachbildung ausschließlich mit dem Erwerb des Deutschen gleichgesetzt wird. Dabei bestimmen Bildungseinrichtungen selbst maßgeblich, welchen Stellenwert mitgebrachte Familiensprachen in der Einrichtung haben können oder haben dürfen. Häufig wird Mehrsprachigkeit zwar symbolisch wertgeschätzt, jedoch kaum aktiv in die sprachliche Bildung integriert.

Insbesondere Ganztagsangebote eröffnen Möglichkeiten, Mehrsprachigkeit pädagogisch aufzugreifen. Im Vergleich zum stark strukturierten Unterrichtsvormittag bieten sie größere Freiräume für Projekte, Elternarbeit und kreative Sprachbildungsangebote. Fachkräfte benötigen hierfür jedoch zeitliche Ressourcen und institutionelle Unterstützung. Projekte wie „Vielfalt sehen und lehren“ des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V. liefern hierfür praxisorientierte Impulse, zum Beispiel mit dem Kartenset „Out of the Box“ (siehe HLZ 5/2026, S. 37).

Der Schulische Fremdspracherwerb erfolgt in der Regel systematisch, curricular strukturiert und mit dem Ziel eines hohen bildungssprachlichen Ni-

veaus. Lebensweltliche Mehrsprachigkeit dagegen entwickelt sich informell und heterogen. Familiensprachen werden häufig im Alltag genutzt, erreichen jedoch ohne institutionelle Förderung selten ein bildungssprachliches Niveau. Ein qualifizierter Herkunftssprachenunterricht ermöglicht es Kindern, ihre Herkunftssprache auch schriftsprachlich weiterzuentwickeln – bis hin zur Prüfungsrelevanz im Bildungssystem.

Die Forschung weist überwiegend positive Effekte mehrsprachiger Entwicklung nach. Kinder können Wissen zwischen Sprachen transferieren, Sprachstrukturen vergleichen und früh sprachreflexive Kompetenzen entwickeln. Besonders für neu zugewanderte Kinder bietet die Einbeziehung ihrer vorhandenen Sprachen wichtige Lernzugänge. Nicht die Kinder verfügen über Sprachdefizite – sie beherrschen in der Regel mindestens eine Sprache altersangemessen und erwerben zusätzlich Deutsch als Zweit- oder Drittsprache. Die Herausforderung liegt vielmehr in Bildungseinrichtungen, die bislang unzureichend auf migrationsbedingte Mehrsprachigkeit vorbereitet sind.

Problematisch sind vor allem spracharme Entwicklungsbedingungen, unabhängig von der jeweiligen Sprache. Entscheidend ist daher der Aufbau von Sprach- und Weltwissen insgesamt. Zudem stärkt die Wertschätzung der Familiensprachen Motivation und Selbstwirksamkeit. Werden die sprachlichen Ressourcen von Kindern sichtbar gemacht und anerkannt, wirkt sich dies positiv auf ihre Bildungsbiografie aus. Ein Beispiel: Ein thailändisches Mädchen, das kaum Deutsch sprach, sang „Frère Jacques“ in Thai vor der Gruppe. Die anderen Kinder waren beeindruckt. Es war das erste Mal, dass sie sie in einer anderen Sprache wahrnahmen. Das Mädchen wuchs sichtbar über sich hinaus. Eine Woche lang lebte sie von dieser Erfahrung. Solche Momente stärken Kinder enorm.

Die Rolle der Eltern

Mehrsprachige Familien kritisieren häufig, dass ihre Sprachen in Bildungseinrichtungen zu wenig anerkannt wer-

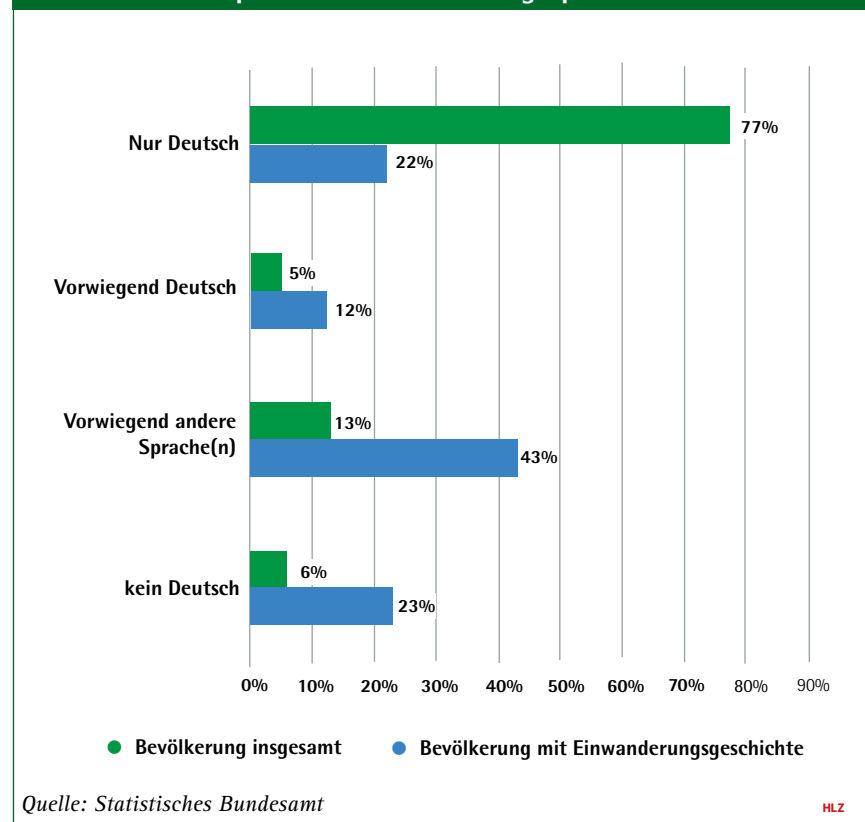
den. Eltern sind jedoch zentrale Bildungspartner:innen und Expert:innen für die Lebenswelt ihrer Kinder. Aber viele Eltern wissen gar nicht, dass sie etwas beitragen können oder sollen, dabei ist ihr Interesse groß.

Eine erfolgreiche Zusammenarbeit setzt wertschätzende Kommunikation und Begegnung auf Augenhöhe voraus. Eltern benötigen transparente Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten, um sich als kompetente Partner:innen im Bildungsprozess ihrer Kinder erleben zu können. Eltern haben sehr konkrete Fragen, zum Beispiel zu Erziehung in Deutschland, zu schulpsychologischen Themen oder zur Unterstützung ihrer Kinder. In einem geschützten Rahmen können sie sich über Erziehungsvorstellungen, Werte und Rollenbilder austauschen. Lehrkräfte werden dabei zu Moderator:innen, die den Rahmen bereitstellen. So entstehen tragfähige Partnerschaften in der Zusammenarbeit. Besonders Kinder- und Familienzentren nutzen solche Ansätze bereits systematisch.

Während die Sprachpraxis in Familien Privatsache bleibt, ist der Umgang mit Mehrsprachigkeit in Bildungseinrichtungen eine bildungspolitische Entscheidung. Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V. fordert daher mehr mehrsprachige Fachkräfte als Sprachvorbilder, eine breite Anerkennung großer Migrationssprachen als schulische Fremdsprachen, größere organisatorische Freiräume für sprachensible und binnendifferenzierte Pädagogik im schulischen Kontext sowie die systematische Verankerung von Mehrsprachigkeit als selbstverständlichen Bestandteil pädagogischer Arbeit.

Maria Ringler war als Beraterin für mehrsprachige Bildung beim Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V. in Frankfurt tätig. Dieser Artikel ist im Wesentlichen eine Zusammenfassung eines gemeinsamen Interviews mit Prof:in Dr. Havva Engin und der Frankfurter Bildungsdezernentin Sylvia Weber, das am 19. Februar 2026 geführt wurde und auf MIGAZIN online veröffentlicht wurde: www.migazin.de/2026/02/19/engin-weber-gespraech-warum-schulen-mehrsprachig-kinder

Welche Sprachen in Haushalten gesprochen werden



Feierabend? Fehlanzeige!

Wenn die Fortbildung zur Zusatzbelastung wird

Cornelia Barby & Holger Wehrle

Seit der Coronapandemie sind deutliche Einschnitte im Bereich der Fortbildung für Lehrkräfte spürbar – mit weitreichenden Folgen. Denn während die Anforderungen im schulischen Alltag stetig wachsen, komplexer und vielfältiger werden und einen intensiven fachlichen Austausch sowie gezielte Weiterbildung dringend erforderlich machen, verschlechtern sich gleichzeitig die Rahmenbedingungen für ebendiese Professionalisierung.

Akkreditierte Fortbildungsveranstaltungen, organisiert durch die Lehrkräfteakademie oder die Schulämter, finden inzwischen nahezu ausschließlich in der unterrichtsfreien Zeit statt. Die Konsequenz ist absehbar: Die Teilnahme bleibt aus. Das vielfach bemühte Motto „Es darf kein Unterricht ausfallen“ entfaltet dabei eine paradoxe Wirkung. Auch Schulleitungen fühlen sich genötigt, externe Fortbildungsangebote während der regulären Unterrichtszeit abzulehnen, obwohl Fortbildungen in der Unterrichtszeit rechtlich nach wie vor eindeutig zulässig sind (siehe dazu S. 34 in dieser HLZ).

Doch der Preis ist hoch. Nach einem ohnehin fordernden Schultag – geprägt von Unterricht, intensiver Vor- und Nachbereitung, Konferenzen und

der fortlaufenden Arbeit an schulischen Konzepten – ist für viele Lehrkräfte die Belastungsgrenze längst erreicht. Die Erwartung, sich zusätzlich am Nachmittag, an Wochenenden oder gar in den Ferien fortzubilden, läuft an der Realität vorbei. Die notwendige Energie fehlt. Damit wird ausgerechnet das erschwert, was für die Qualität von Schule und Bildung zentral ist: die kontinuierliche Professionalisierung der Lehrkräfte. Vor diesem Hintergrund hat sich der Gesamtpersonalrat Schule in Fulda im Anschluss an ein Personalratetreffen des Schulamtsbereichs intensiv mit der Problematik auseinandergesetzt und eine Umfrage initiiert, um ein genaueres Bild der Situation zu gewinnen.

Umfrage zur Fortbildung

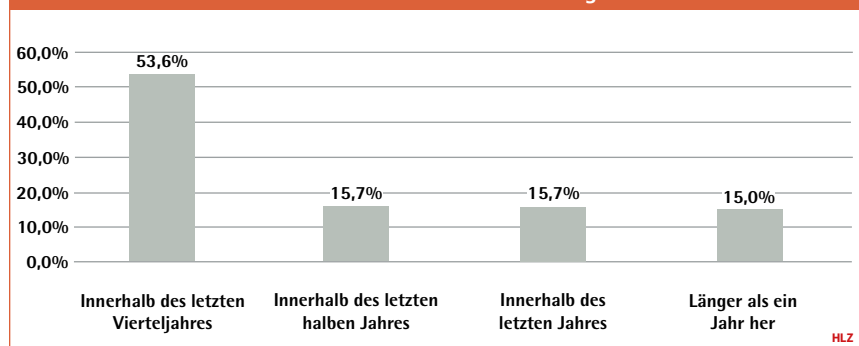
Im Zeitraum von Oktober bis Dezember 2025 beteiligten sich hessenweit insgesamt 2578 Personen. Die Umfrage wurde über die Gesamtpersonalräte in Hessen an die örtlichen Personalräte der Schulen weitergeleitet, verbunden mit der Bitte, sie an alle pädagogischen Beschäftigten – Lehrkräfte sowie sozialpädagogische Fachkräfte im Landesdienst – zu streuen.

Bezüglich der letzten Teilnahme an einer Fortbildung gab die Mehrheit an,

dass diese innerhalb des letzten Vierteljahrs stattgefunden hat. Doch bei einem nicht unerheblichen Anteil lag die letzte Fortbildung mehr als ein halbes oder sogar mehr als ein ganzes Jahr zurück (siehe Diagramm 1). Es ist allerdings gut möglich, dass sich von unserer Umfrage überproportional viele angesprochen fühlten, bei denen die letzte Fortbildung noch nicht so lang zurücklag. Die Auswertung der eingegangenen Fragebögen bestätigt die Einschätzung, dass der Anteil von Fortbildungen innerhalb der Unterrichtszeit sehr gering war. Ein Großteil der besuchten Fortbildungen fand im Anschluss an den Unterricht statt (siehe Diagramm 2).

Lehrkräfte wissen um wirksame Lernprozesse. Sie kennen die Grenzen der Aufnahmefähigkeit des menschlichen Gehirns – insbesondere dann, wenn es durch Informationsfülle und anhaltende Anstrengung längst ausgelastet ist. Und doch ist es genau diese Situation, die ihnen selbst zugemutet wird. Entsprechend eindeutig fällt die Einschätzung auf die Frage aus, wie aufnahmefähig sie nach einem Schultag noch für Fortbildungsinhalte sind. Analog zur Schulnotenskala wurde die Aufnahmefähigkeit in dieser Situation am häufigsten als „mangelhaft“ bewertet (siehe Diagramm 3).

Diagramm 1:
Wann haben Sie zuletzt eine Fortbildung besucht?



Ein zentrales Ergebnis der Umfrage ist demnach so eindeutig wie ernüchternd: Nach dem Schultag fehlt vielen Lehrkräften die Kraft, sich noch auf Fortbildungsinhalte einzulassen. Die angebotenen Themen der Lehrkräfteakademie und der Schulämter wurden hingegen mehrheitlich als befriedigend beurteilt. Gleichzeitig zeigt sich ein bemerkenswerter Widerspruch: Viele der genannten Themen, für die sich Fortbildungen gewünscht werden, sind grundsätzlich bereits in den bestehenden Fortbil-

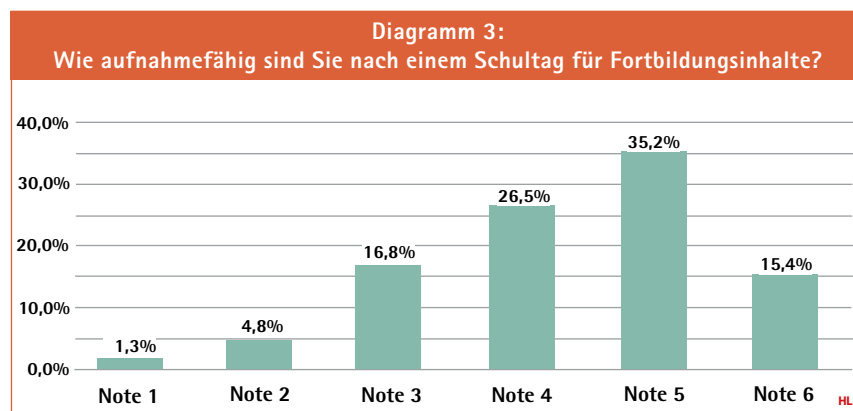
dungskatalogen enthalten. Unter den aktuellen Bedingungen werden diese aber anscheinend kaum wahrgenommen. Die Bereitschaft beziehungsweise die Kraft- und Zeitressourcen, um Fortbildungsangebote außerhalb der Unterrichtszeit wahrzunehmen, sind offensichtlich sehr begrenzt.

Anforderungen

Die inhaltlichen Interessen der Befragten sind dabei breit gefächert und spiegeln die komplexen Anforderungen des schulischen Alltags eindrucksvoll wider. Im Kern lassen sich folgende Themenfelder benennen:

- Austausch und Vernetzung
- Digitalisierung, KI und Medienbildung
- Unterrichtsentwicklung und Didaktik
- Herausforderndes Verhalten und Classroom-Management
- Inklusion, Sonderpädagogik und Neurodivergenz
- Diagnostik, Sprachbildung und Förderung
- Psychische Gesundheit, Kinderschutz und Prävention
- Lehrkräftegesundheit, Resilienz und Entlastung
- Schulrecht, Arbeitsrecht und Laufbahn
- Demokratiebildung, Antidiskriminierung und gesellschaftliche Themen
- Ganzttag, Schulentwicklung & Kooperation
- Fachspezifische Fortbildungen
- Qualifikationen, Sicherheit und Erste Hilfe

Neben diesen thematischen Schwerpunkten formulieren die Lehrkräfte



ebenso klare wie praxisnahe Forderungen an die Gestaltung von Fortbildungen:

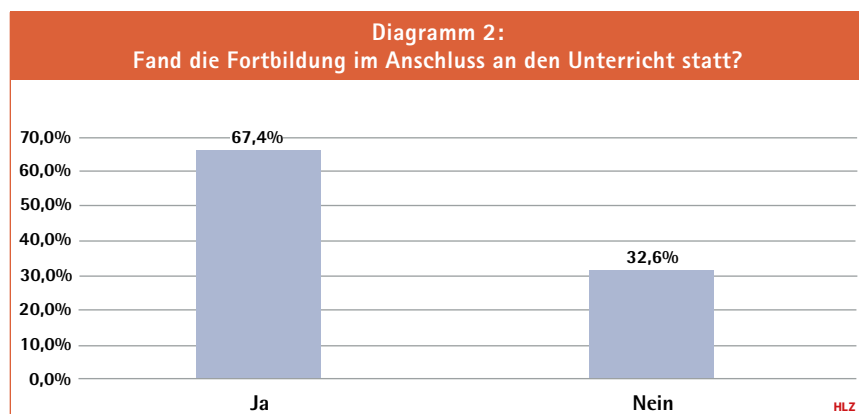
- Angebote möglichst vormittags bzw. innerhalb der Dienstzeit
- mehr Präsenzformate sowie mehrtägige bzw. aufeinander aufbauende Qualifizierungen mit nachhaltigem Praxis-transfer statt isolierter Kurztermine
- mehr ganztägige Formate zur vertieften Auseinandersetzung statt fragmentierter Nachmittagsveranstaltungen
- keine Verlagerung ganztägiger Angebote ausschließlich auf Ferien oder Samstage
- dezentrale, wohnortnahe Angebote sowie verlässliche Kapazitäten für Qualifikationslehrgänge (z. B. Sport/Outdoor/Sicherheit)
- Online-Formate für kompakte, informationsorientierte Inhalte
- hybride Angebote zur flexibleren Teilnahme
- abrufbare On-Demand-Formate für zeitunabhängiges Lernen

Damit Fortbildung tatsächlich wirksam und nachhaltig gestaltet werden kann, benennen die Befragten notwendige strukturelle Rahmenbedingungen:

- generelle Freistellung vom Unterricht für Fortbildungen
- Anerkennung von Fortbildung als Arbeitszeit
- klare und verlässliche Regelungen zur Unterrichtsbefreiung
- ein festes Kontingent an Fortbildungstagen pro Schuljahr
- eine zentrale, übersichtliche Bündelung aller Angebote
- einfache und einheitliche Anmeldeverfahren
- frühzeitige und verlässliche Terminankündigungen
- transparente Informationen zu Freistellung, Kosten und Rahmenbedingungen
- kostenfreie bzw. weitgehend finanzierte Fortbildungen
- Übernahme von Fahrt-, Übernachtungs- und Verpflegungskosten
- angemessene Räume, Verpflegung und Materialien als Ausdruck von Wertschätzung

Würden diese Forderungen ernst genommen und umgesetzt, wäre dies weit mehr als eine organisatorische Verbesserung. Es wäre ein entscheidender Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur Anerkennung der zusätzlichen Belastungen, die viele Lehrkräfte tragen. Vor allem aber würde es den Weg dafür ebnen, dass Fortbildung wieder das sein kann, was sie sein sollte: eine echte Chance zur Weiterentwicklung. Gut qualifizierte, motivierte und gesunde Lehrkräfte sind keine Selbstverständlichkeit – sondern das Ergebnis von Rahmenbedingungen, die professionelles Lernen ermöglichen, statt es zu erschweren.

Cornelia Barby ist Vorsitzende, Holger Wehrle Mitglied des Gesamtpersonalrats Schule am Staatlichen Schulamt Fulda.



шановні колеги

Besuch unserer ukrainischen Schwestergewerkschaft TUESWU

Luise Brunner

„шановні колеги“ – „Liebe Kolleg:innen“: So bringt unsere Übersetzerin Marta immer wieder die Gruppe zusammen. Nicht, weil jemand unaufmerksam wäre, sondern weil zwischen den Programmpunkten sofort neue Gespräche entstehen. Kaum ist ein Thema beendet, geht es im kleinen Kreis weiter.

Vom 12. bis 18. April war eine 13-köpfige Delegation unserer Schwestergewerkschaft TUESWU aus der Ukraine zu Gast bei den GEW-Landesverbänden Hessen und Rheinland-Pfalz. TUESWU steht für „Trade Union of Education and Science Workers“. Mehrere regionale Vorsitzende sowie die stellvertretende Vorsitzende Olha Chabaniuk gehörten der Delegation an. Der Besuch fand im Rahmen eines vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderten Partnerschaftsprojekts statt und führte die Kolleg:innen zunächst nach Frankfurt, später weiter nach Mainz.

Weltweiter Zusammenschluss der Bildungsgewerkschaften

Die GEW ist Mitglied von *Education International* (EI), dem weltweiten Zusammenschluss der Bildungsgewerkschaften. Alle europäischen Mitgliedsgewerkschaften bilden im *European Trade Union Committee for Education* (ETUCE) die europäische Struktur von EI. Die 120 europäischen Bildungsgewerkschaften vertreten rund 4,9 Millionen Mitglieder aus 48 europäischen Ländern, von Albanien bis Zypern. Maïke Finnen ist als Bundesvorsitzende der GEW eine der Vizepräsident:innen und Mitglied des *World Executive Board* von *Education International*. Darüber hinaus gehört sie als Vorstandsmitglied auch dem *ETUCE Committee* an, dem Leitungsgremium auf europäischer Ebene.

Die TUESWU, gegründet 1990 als Nachfolgerin der sowjetischen Bildungsgewerkschaft, ist der GEW in vielem ähnlich: Hier organisieren sich Lehrkräfte ebenso wie Mitarbeitende aus Hochschulen sowie der frühkindlichen Bildung – also aus allen Bereichen, die mit Bildung, Erziehung und Wissenschaft zu tun haben. Die TUESWU ist mit knapp einer Million Mitglieder fast viermal so groß wie die GEW, und das obwohl die Mitgliederzahl seit der Annexion der Krim durch Russland und vor allem seit dem Beginn des Angriffskriegs 2022 stetig sinkt. Noch 2016 hatte TUESWU knapp 1,7 Millionen Mitglieder und war damit die größte Gewerkschaft des Landes.

Gewerkschaftsarbeit bei Kriegsbedingungen

Neben manchen formalen Gemeinsamkeiten wurde am ersten Programmtag sofort deutlich, wie unterschiedlich die Ausgangsbedingungen sind. Während wir über Aktionen, Zuständigkeiten und Mitgliederentwicklung sprachen, standen für die ukrainischen Kolleg:innen ganz andere Fragen im Raum: Wie bleibt Gewerkschaftsarbeit möglich, wenn Schulen zerstört sind, Kolleg:innen sowie Schüler:innen fliehen mussten und Rechte eingeschränkt werden? Da ein Fenster unseres Sitzungsraums offenstand, hörten wir Fluglärm und die Kolleg:innen erschrecken. Kurz darauf zeigten sie uns, wie die App aussieht, die gerade in diesem Augenblick zu Hause alle mit Luftalarm warnte.

Besonders eindrücklich waren die Berichte aus dem schulischen Alltag in der Ukraine: Lehrkräfte sind verpflichtet, bei jedem Luftalarm mit ihren Klassen in die Bunker zu rennen – eine emotionale Belastung, die kaum vorstellbar ist. Dazu kommen der kalte Winter bei

Strom- und Heizungsausfällen, provisorische Klassenräume sowie Online-Unterricht, da die Schüler:innen über verschiedene Länder verstreut sind. TUESWU unterstützt dabei ganz konkret, etwa mit Generatoren oder mit pragmatischen Lösungen für bauliche Fragen. Gleichzeitig sind gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten, wie nicht zuletzt das Streikrecht, durch das Kriegerrecht stark eingeschränkt.

Schule zwischen Alltag und Ausnahmezustand

Beim Besuch der IGS Herder in Frankfurt wurden wir herzlich vom Kollegium empfangen und durften während der sogenannten „Kompass-Zeit“ und dem „Lernbüro“ in der 5. und 6. Klasse hospitieren. Da gleichzeitig eine weitere Delegation der PDSZ (Teachers' Democratic Union of Hungary) aus Ungarn beim Hauptvorstand zu Besuch war, waren wir zusammen rund 30 Personen. Eine Gruppe Schüler:innen aus verschiedenen Klassenstufen hat sich die Zeit genommen, uns durch ihre Schule zu führen und alles zu erklären. Besonders berührend waren die Gespräche zwischen den ukrainischen Schüler:innen an der IGS Herder und der TUESWU-Delegation.

Eine weitere Station im hessischen Teil des Programms war ein Besuch des Campus Westend der Goethe-Universität, den wir mit einem Austausch mit der GEW-Betriebsgruppe verbanden. Auch eine Führung durch die Frankfurter Neue Altstadt fand statt. In Rheinland-Pfalz stand unter anderem ein weiterer Schulbesuch sowie die Teilnahme an einer Sitzung des geschäftsführenden Vorstands auf dem Programm. Eine Tour in den Rheingau sorgte für einen touristischen Ausgleich.

Perspektiven aus Ungarn

Der Austausch mit den ungarischen Kolleg:innen brachte eine weitere Perspektive ein: Kurz nach der Abwahl des rechtsextremen Langzeitherrschers Viktor Orbán war ihre Stimmung von vorsichtiger Hoffnung geprägt. Gleichzeitig wurde deutlich, wie hartnäckig gewerkschaftliche Kämpfe in einem autoritären Umfeld geführt werden müssen. Dass die ungarische Regierung die russischen Angriffe auf die Ukraine lange nicht klar benannt hat, wurde dabei auch emotional diskutiert. Die PDSZ ist eine kleine und unabhängige Bildungsgewerkschaft, die bereits in der Vergangenheit mit der GEW zusammengearbeitet hat. In den letzten Jahren hat sie mit ihrem kreativen Protest zur politischen Veränderung in Ungarn beigetragen.

Bei der gemeinsamen öffentlichen Veranstaltung im DGB-Haus am 15. April kamen diese Erfahrungen zusammen. Philipp Jacks, Geschäftsführer der DGB Region Frankfurt-Rhein-Main, begrüßte die Teilnehmenden. Die Moderation übernahm Thilo Hartmann, Vorsitzender der GEW Hessen. Nach Berichten von Olha Chabaniuk und Erzsébet Nagy, Vorstandsmitglied der PDSZ, kam das Podium erst miteinander und dann mit dem Publikum ins Gespräch.

Die Delegationsreise ist aus unserer Sicht rundum geglückt: Nachdem die Kolleg:innen begeistert mit uns auch Apfelwein getrunken und Handkäs und Grüne Soße gegessen haben, sind sie jederzeit wieder in Frankfurt willkommen. Dass all das möglich war, lag nicht zuletzt an den Übersetzer:innen, die während des Austauschs durchgehend simultan ins Deutsche oder Ukrainische übersetzt haben. Ein weiterer Dank geht an Carmen Ludwig und Mathis Wilk, die beim Hauptvorstand für Internationales zuständig sind und die das Projekt geplant und begleitet haben. Mit der GEW Rheinland-Pfalz konnten wir uns bei der Gestaltung des Programms gut ergänzen. Am Ende bleibt vor allem der Wunsch, den Austausch fortzusetzen, und die Hoffnung, die Kolleg:innen möglichst bald in der Ukraine besuchen zu können.



Die Delegation der TUESWU besucht die Goethe-Universität Frankfurt.



Öffentliche Diskussionsveranstaltung mit Erzsébet Nagy (PDSZ, 3. v. l.) und Olha Chabaniuk (TUESWU, 4. v. l.)



Schulbesuch an der integrierten Gesamtschule IGS Herder in Frankfurt

Wilhelm Hammann (1897–1955)

Die Biografie eines hessischen Antifaschisten

Harald Freiling

In der hessischen GEW ist Bernd Heyl kein Unbekannter. Er war Kreisvorsitzender und Vorsitzender des Gesamtpersonalrats in Rüsselsheim und leitet seit vielen Jahren lea-Bildungsreisen nach Namibia oder in die von Ernest Jouhy gegründete Bildungsstätte des FIEF in der Provence. Im Kontext der Reisen entstanden sein „postkolonialer Reisebegleiter“ über „Namibische Gedenk- und Erinnerungsorte“ (Brandes

et Apse 2021) und ein Buch über den „leidenschaftlichen Pädagogen“ Jouhy (mit Sebastian Voigt und Edgar Weick, Brandes et Apse 2017). Mit seinem jüngsten Buch über den Kommunisten und Widerstandskämpfer Wilhelm Hammann kehrt er zu einem Thema zurück, das ihn seit seiner Zeit als junger Lehrer in Groß-Gerau beschäftigt und dem er im Ruhestand endlich die notwendige Zeit widmen konnte.

Heyl präsentiert mehr als eine Biografie von Wilhelm Hammann, denn er bettet alle Stationen von Hammanns Leben ein in die politischen Verhältnisse, insbesondere auch in die Geschichte der verhängnisvollen Spaltung der Arbeiterbewegung. Welche Erfahrungen und Überzeugungen prägten Hammann als Lehrer, als Gemeindevertreter und als Landtagsabgeordneter des Volksstaates Hessen? Und was bewegte ihn als kommunistischen Aktivist und Groß-Gerauer Landrat unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg?

Lehrer und Landtagsabgeordneter

Dass der Lehrer Bernd Heyl das pädagogische Selbstverständnis Hammanns besonders intensiv betrachtet, ist nicht

überraschend. Ehemalige Schülerinnen und Schüler erinnerten sich daran, dass Hammann als Lehrer in Groß-Gerau und Wixhausen immer alle Kinder „auf den gleichen Stand bringen“ wollte und sich „insbesondere um Schwächere“ kümmerte: „Dabei ging er so weit, dass er bei Klassenausflügen für Kinder, die wenig oder kein Geld hatten, schon einmal die Kosten übernahm oder Erfrischungsgetränke oder Milch bezahlte.“ (S. 38)

Der politische Weg führte Hammann zunächst in die USPD und 1920 in die KPD. Einer seiner ersten Anträge im Landtag forderte die Abschaffung der Prügelstrafe, die wegen der „hohen Klassenbesuchsziffern“ mit 40 und mehr Schülerinnen und Schülern vor allem in den Volksschulen verbreitet war. In seiner Rede appellierte er an Lehrkräfte und Eltern:

„Die Kommunisten sagen deshalb insbesondere den Lehrern, sagen es aber auch den Eltern zu Hause, dass sie ihren Prügelstock zerbrechen sollen, dass sie erkennen sollen, dass mit der Prügelstrafe keine wirkliche Erziehung zu selbstbewussten Menschen durchgeführt werden kann.“ (S. 66)

1931 wurde Hammann nach Aufhebung seiner Immunität wegen Beleidigung des hessischen Innenministers Wilhelm Leuschner angeklagt und ein Jahr später als Lehrer entlassen.

Mit seinen politischen Reden folgte Hammann der sektiererischen Haltung der KPD, die sich jedem Appell für die Einheit der Arbeiterbewegung gegen

die aufkommende faschistische Gefahr verschloss. „Die sozialdemokratischen Führer“ waren für ihn nichts anderes „als die Vorbereiter dieser faschistischen Diktaturmaßnahmen und dieses Blutsystems“ (S. 76). Erst nach den Erfahrungen der faschistischen Terrorherrschaft bekannte sich die KPD im Juni 1945 zu ihren Fehlern, „weil wir es (...) nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz (...) zu schmieden“. (S. 137) Diese Selbstkritik machte sich Hammann auch persönlich im August 1945 in einem Gespräch mit dem Regional Military Government Officer Clare R. Davis zu eigen:

„Wir Kommunisten (...) haben nicht verstanden, dass es in unserem Interesse war, uns mit anderen antifaschistischen Kräften zusammenzuschließen. So wurden wir von den anderen demokratischen Parteien getrennt, und einer nach dem anderen fielen wir dem Nationalsozialismus zum Opfer.“ (S. 141f.)

Häftling in Buchenwald

1933 wurde Hammann wiederholt verhaftet, schwer misshandelt und vor dem Volksgerichtshof in Berlin angeklagt. 1935 wurde er wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren verurteilt und kam im Anschluss in das KZ Buchenwald. Er war Teil der illegalen kommunistischen Lagerorganisation und arbeitete als „Funktionshäftling“ in der Schreibstube des Lagers. Kurz vor der Befreiung des Lagers durch die US-Truppen wurde Hammann 1945 Blockältester im Block 8, einem der beiden



Gedenkstele in Biebesheim
(Foto: Helga Roth)

Jungenblocks des KZ Buchenwald. In den letzten Tagen vor der Befreiung bewahrte er 159 jüdische Jungen vor dem Todesmarsch. Für diese Rettungstat ehrte ihn die Gedenkstätte Yad Vashem am 18. Juli 1984 als „Gerechter unter den Völkern“.

Mit dem Wirken Hammanns im Lager befasste sich auch Dr. Michael Löffelsender, Kustos an der Gedenkstätte Buchenwald, in einem Vortrag in Hammanns Geburtsstadt Biebesheim im September 2025. Löffelsender dokumentiert wie Heyl die Berichte von Jungen, die sich an Hammann und seine Aktivitäten erinnerten, um ihnen zu helfen. Löffelsender beschrieb sein Handeln als das eines Pädagogen, der „danach fragte, was das erlebte Leid mit ihnen machte“, und zitiert aus einer Erklärung Hammanns aus dem Jahr 1947: *„Die Kinder waren bereits derart abgestumpft, dass ihnen die schrecklichen Ereignisse, das Sterben und Hungern im Lager, gar nicht richtig zu Bewusstsein kamen und sie das als Teil ihres normalen Lebens ansahen.“* (GEW regional, September 2025, erstmals vollständig dokumentiert in: Heyl, S. 257 ff.)

Landrat im Kreis Groß-Gerau

Besondere Aufmerksamkeit widmet Heyl der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit Zustimmung der amerikanischen Besatzungsbehörden wurde Hammann am 10. Juli 1945 von Ludwig Bergsträßer (1), dem „Präsidenten der Deutschen Regierung des Landes Hessen“, zum Landrat des Kreises Groß-Gerau ernannt und versuchte, gemeinsam mit anderen „den Karren aus dem Dreck zu ziehen“. Unter der Überschrift „Tauziehen in Groß-Gerau“ berichtete die Frankfurter Rundschau am 19. Oktober 1945 über die drohende, am gleichen Tag tatsächlich erfolgte Beurlaubung Hammanns und seine Rechtfertigung. Die Angriffe „kämen aus reaktionären Kreisen“ und seien insbesondere seinem Handeln „in der Ernährungsfrage, der Heranbildung von Junglehrernachwuchs, überhaupt der Schaffung demokratischer Einrichtungen“ geschuldet (S. 147). Von besonderer Perfidie war Hammanns erneute Verhaftung am 22. März 1946. Verleumderische Aussagen gegen „Männer

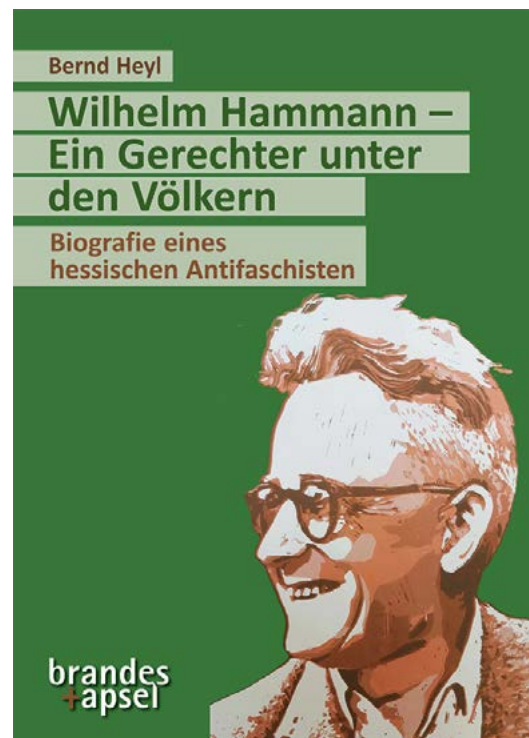
von der Schreibstube“ in Buchenwald, die „über Tod und Leben der einzelnen Häftlinge bestimmten“, führten im Rahmen des Buchenwaldprozesses zu einer Anklage „wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Hammann wurde in das Internierungslager Darmstadt verbracht, danach in das ehemalige KZ Dachau und „musste von nun an 14 Monate unter Naziverbrechern aller Art, auch seinen ehemaligen Peinigern aus Buchenwald, leben“ (S. 156). Am 9. Mai 1947 wurde Wilhelm Hammann entlassen. Erst Wochen später bestätigte die „Dachau Detachment War Crimes Group“, dass es keine Beweise für strafbare Handlungen gab, „die unter eine Kategorie von Kriegsverbrechen fallen würden.“ (S. 156)

Der Kalte Krieg

Mit dem beginnenden Kalten Krieg begann für Hammann eine neue Zeit der politischen Verfolgung. Heyls Fokussierung auf die biografischen und regionalen Details fördert viele neue eindrucksvolle Details und Zusammenhänge zu Tage. Oder wer hat schon einmal vom „Bund Deutscher Jugend“ (BDJ) gehört, der 1950 in Frankfurt als Sammelbecken ehemaliger Offiziere der Luftwaffe, des Heeres und der Waffen-SS gegründet wurde? Bei Hausdurchsuchungen wurden 1952 Listen des BDJ beschlagnahmt mit den Namen von Personen, die „im Falle X kaltgestellt“ werden sollten, darunter auch Wilhelm Hammann. Noch vor dem KPD-Verbot 1956 wurde gegen Hammann ein Strafverfahren wegen Hochverrats eingeleitet. Wenige Tage danach ist Hammann in der Nacht vom 25. zum 26. Juli 1955 bei einem Auffahrunfall auf einen stehenden US-Panzer tödlich verunglückt.

Zweierlei Erinnerung

Heyls Buch ist nicht die erste Veröffentlichung zur Person von Wilhelm Hammann. Zu seinem 125. Geburtstag erschien eine Broschüre von Geert Platner und Ulrich Schneider (2). Heyl hat jetzt auf der Grundlage eines umfassenden Einblicks in die Archive und insbesondere auch in die Literatur zur Geschichte der Arbeiterbewegung die ausführliche und detailreiche „Biografie eines hessischen Antifaschisten“ vorgelegt.



Bernd Heyl: Wilhelm Hammann – Ein Gerechter unter den Völkern. Verlag Brandes & Apsel. Frankfurt 2026. 276 Seiten, 29,90 Euro

Besonders intensiv reflektiert Heyl auch die Erinnerung an Wilhelm Hammann, der in seiner Heimat erst ausgegrenzt und dann vergessen und in der DDR dagegen „als herausragender Antifaschist gewürdigt wurde“ (S. 11). In Hammanns Heimatstadt Biebesheim wurde erst 2024 eine Gedenkstele errichtet (Foto S. 30). Zu den Quellen, auf die Heyl zugegriffen hat, sei noch auf einen besonderen Fund im Buchenwaldarchiv hingewiesen. Dort stieß Heyl auf eine Abschlussarbeit am Institut für Lehrerbildung in Weimar aus dem Jahr 1979. Für die Arbeit über „Leben und Kampf des Kommunisten und Lehrers Wilhelm Hammann an der Seite der Genossen der KPD gegen Faschismus und Krieg für ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland“ hatte Stefan Gabel, mit dem Heyl Kontakt aufnehmen konnte, zahlreiche bisher unbekannte Dokumente und Fotos gesammelt, deren Kopien Bernd Heyl nach Abschluss seines Buchs jetzt mit allen anderen Unterlagen dem Studienkreis Deutscher Widerstand in Frankfurt am Main übergeben wird.

(1) Mit Ludwig Bergsträßer, einem der Väter der Hessischen Verfassung, wird sich ein Beitrag in der HLZ 9-10/2026 zum 80. Jahrestag der Landesverfassung befassen.

(2) Wilhelm Hammann. Lehrer, Kommunist, „Retter der Kinder“ in Buchenwald. Verlag Ruhr-Echo. 2022 (Vorstellung: HLZ 3/2022)

Demokratie leben!

Wer schützt die Zivilgesellschaft vor Demokratiefeinden?

Helmolt Rademacher

Zivilgesellschaftliches Engagement ist konstitutiv für eine gute und stabile Demokratie. Eine starke Zivilgesellschaft ist gleichbedeutend mit sozialem Kapital. Gesellschaften, die über viel soziales Kapital verfügen, sind resilienter in Bezug auf Korruption, soziale Verwerfungen, Rassismus und Antisemitismus. Die Zivilgesellschaft ist jedoch nicht per se demokratiefördernd, sondern ist es nur dann, wenn sie sich an Menschenrechtsstandards und den Werten des Grundgesetzes orientiert.

Voraussetzung für eine starke Demokratie ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen, die die demokratische Gesellschaft stützen. Dazu gehört die Überzeugung, dass die Dinge fair und gerecht geregelt sind, dass das Gleichheitsgebot handlungsleitend ist und dass man sich positiv in der Gemeinschaft erlebt. Sind diese Kriterien erfüllt, stellt sich ein höherer Grad an Zufriedenheit ein. Dies zeigen die Ergebnisse der weltweit durchgeführten Glücksstudien, bei denen Länder wie Finnland immer sehr gut abschneiden.

Befristete Programme ...

Die Zivilgesellschaft in Deutschland umfasst Gewerkschaften, Kirchen, Sportvereine, Umweltverbände, Hilfsorganisationen und viele kleinere und größere Vereine, die sich für den Erhalt der Demokratie einsetzen. Letztere werden aus Bundesmitteln des Programms „Demokratie leben“ gefördert. In den letzten Jahrzehnten wurde dieses Engagement immer wieder auf die Probe gestellt, da die Förderung nicht stabil und verlässlich war. Projekte wurden befristet finanziert, so dass sich qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor die Frage gestellt sahen, ob ihr Lebensunterhalt gesichert ist.

Dennoch haben sehr viele Menschen in diesem Feld teils über Jahrzehnte mit diesen Unsicherheiten gelebt. Die zuständigen Ministerinnen und Minister waren mal kooperativer und mal restriktiver. Das Vertrauen in die zivilgesellschaftlichen Akteure war mal stärker und mal weniger stark ausgeprägt. Misstrauen drückte sich darin aus, dass die Mittelvergabe an Erklärungen zur Verfassungstreue gekoppelt wurde. Der Versuch, der geringen Verlässlichkeit durch ein bundesweites Demokratiefördergesetz zu begegnen, ist bislang immer wieder gescheitert.

Durch aktuelle Kürzungen im Programm „Demokratie leben“ erlebt die Zivilgesellschaft einen Angriff auf ihre Ressourcen. Dieser betrifft die Felder des Demokratielernens sowie der Demokratieverteidigung – insbesondere das Engagement gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Außerdem ist die Verlässlichkeit in Bezug auf die Laufzeit von Programmen in Frage gestellt. Die Träger erhielten 2025 einen Förderbescheid bis 2029, um innovative und demokratische Verhältnisse stabilisierende Programme zu entwickeln. Üblicherweise akzeptieren neu gewählte Regierungen die zuvor bewilligten Förderzusagen im Rahmen der vorgesehenen Laufzeiten. Dass sich Karin Prien (CDU) als neue Bundesministerin für Bildung, Familien, Senioren, Frauen und Jugend offensichtlich nicht mehr an diese gute demokratische Tradition gebunden fühlt, hat etwas sehr Verstörendes.

... sollen vorzeitig enden

Durch die Nichteinhaltung der Laufzeiten und die damit verbundenen Unsicherheiten wird die nachhaltige Wirksamkeit der Projekte gefährdet. Anstatt die gerade laufende Evaluation abzu-

warten und daraus Schlüsse zu ziehen, sollen insbesondere die Förderung des bundesweiten Netzwerks der Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und das Netzwerk gegen Antisemitismus der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt zum Jahresende beendet werden. Wenn das umgesetzt wird, wird es in Zukunft keinen bundesweiten Austausch in diesen wichtigen Feldern mehr geben.

In Zeiten, in denen die Demokratie massiv durch die AfD unter Druck gesetzt wird, scheint deren Agenda, die Zivilgesellschaft ständig mit haltlosen Vorwürfen und Falschbehauptungen anzugreifen, leider Erfolg zu haben. Dem unausgesprochenen und manchmal auch ausdrücklich formulierten Verdacht, die zivilgesellschaftlichen Organisationen seien zu links oder zu „woke“, wird damit Nahrung gegeben. Der Ausschluss von Buchhandlungen vom Buchhandelspreis durch Kulturstatsminister Wolfram Weimer passt in dieses Muster.

Warum engagieren sich konservative Politikerinnen und Politiker so selten in lokalen Demokratieinitiativen? Warum gibt es nur einige CDU-Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister, die in öffentlichen Reden klar gegen Demokratiefeinde Stellung beziehen? Warum wird die Zivilgesellschaft von den Verantwortlichen nicht entschieden gegen falsche Vorwürfe in Schutz genommen? Alle demokratischen Akteure der Zivilgesellschaft und der Politik – sowohl in linken als auch in liberalen und konservativen Parteien – müssen sich ihrer Verantwortung für den Erhalt der Demokratie bewusst werden.

Helmolt Rademacher ist Co-Vorsitzender des hessischen Landesverbands der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik – DeGeDe.

Was hätte ich getan?

Ein Gedicht, entstanden im lea-Bildungsurlaub in Südfrankreich

.....

Vom 29. März bis zum 4. April 2026 fand wieder der lea-Bildungsurlaub im FIEF in Südfrankreich zum Thema „Erinnerung an Judenverfolgung und Widerstand in Südfrankreich“ statt – erstmalig nicht mehr unter der Leitung von Bernd Heyl und Helga Roth, die über viele Jahre die Bildungsurlaube im FIEF angeboten haben und denen an dieser Stelle noch einmal ein herzlicher Dank ausgesprochen werden soll. Die beiden haben auch in der HLZ über die

Bildungsreisen berichtet (zuletzt in Ausgabe 9-10/2025). Anstelle eines Berichts über die diesjährige Reise veröffentlichen wir an dieser Stelle ein Gedicht des jüngsten Teilnehmers (Liam von Calle, 17), der seine Eindrücke vom Besuch im Internierungs- und Deportationslager in Les Milles auf poetische Weise verarbeitet und den anderen Teilnehmenden am letzten Abend auf beeindruckende und berührende Weise präsentiert hat.

Was hätte ich getan?

was hätte ich getan wenn die straßen plötzlich flüstern statt reden, wenn nachbarn ihre vorhänge schneller schließen als ihre augen, wenn ein klopfen an der tür kein besuch ist sondern ein urteil, wenn die luft nach angst riecht und nach papier auf dem namen stehen und mein name vielleicht auch, was hätte ich getan wenn sie den stern an meine jacke nähen oder an die jacke meines freundes, wenn sie sagen es ist nur vorübergehend nur ordnung nur gesetz und ich spüre trotzdem wie die welt kälter wird, wie mut zu einem luxus wird den man sich leisten können muss, hätte ich geschwiegen?, hätte ich weggesehen?, hätte ich mich selbst überzeugt, dass ich nichts ändern kann dass ein einzelner mensch nur ein tropfen ist in einem meer aus befehlen und stiefeln oder hätte ich meine stimme gehoben obwohl sie zittern würde wie eine kerze im wind? hätte ich die tür geöffnet für den verfolgten obwohl ich wusste dass hinter ihm der tod steht und hinter mir auch, hätte ich meine kinder in den arm genommen und ihnen gesagt wir tun das richtige auch wenn das richtige uns alles kostet oder hätte ich die fenster verriegelt und gebetet dass das dunkel an uns vorbeizieht? ich frage mich das heute in warmen räumen mit vollem kühlschrank mit freiem wort auf meiner zunge und ich schäme mich ein bisschen weil mut im rückblick so leicht aussieht weil helden in geschichtsbüchern nie zweifeln, nie frieren nie nachts wach liegen und rechnen wie viel angst ein mensch ertragen kann bevor er sich selbst verrät was hätte ich getan wenn moral nicht theorie gewesen wäre sondern eine entscheidung zwischen leben und leben zwischen meinem und deinem zwischen sicherheit und menschlichkeit.

und die wahrheit ist ich weiß es nicht ich hoffe nur dass ich nicht zu denen gehört hätte die später sagten wir haben nichts gewusst während der himmel schwarz war vom rauch und die schienen heiß von der reise in die stille, ich hoffe ich hätte wenigstens gezittert bevor ich geschwiegen hätte wenigstens gezweifelt bevor ich gehorcht hätte wenigstens einmal nein gesagt auch wenn meine stimme klein gewesen wäre in einer zeit die laut nach gehorsamkeit geschrien hat.

Liam von Calle

Kein Freizeitvergnügen!

Das Recht auf Fortbildung gilt auch während der Unterrichtszeit

Immer wieder hören wir von Kolleginnen, Kollegen und Lehrkräften, die sich für Fortbildungen der lea bildungsgesellschaft interessieren, dass sie von ihren Schulleitungen nicht freigestellt werden. Begründet wird dies häufig mit einem Verweis auf eine vermeintliche Regelung des Kultusministeriums (HMKB), die besagen soll, dass Fortbildungen nicht während der Unterrichtszeit, sondern ausschließlich nachmittags, samstags oder in den Schulferien stattfinden dürfen. Diese Regelung existiert aber nicht in dieser Ausschließlichkeit.

Fortbildungen, die von der am HMKB angebotenen Hessischen Lehrkräfteakademie angeboten werden, sind von dieser Regelung betroffen. Sie unterliegen seitens des HMKB anderen Vorgaben (Einhaltung bestimmter Zeitfenster) als andere Träger wie die lea bildungsgesellschaft. Fortbildungen gehören nach § 66 Abs. 1 des

Hessischen Lehrkräftebildungsgesetzes (HLbG) zu den Dienstpflichten der Lehrkräfte:

„Lehrkräfte sind verpflichtet, ihre berufsbezogene Grundqualifikation zu erhalten und weiterzuentwickeln. Über die Wahl der hierfür geeigneten Fortbildungsangebote entscheiden die Lehrkräfte in Abstimmung mit der Schulleitung.“

§ 66 Abs. 4 HLbG enthält die Soll-Vorschrift, dass Fortbildung „in der unterrichtsfreien Zeit stattfinden“ soll. Allerdings kann die Schulleitung in besonderen Fällen „für vom Land Hessen akkreditierte oder [...] gleichwertig anerkannte Fortbildungsveranstaltungen Dienstbefreiung gewähren, sofern dienstliche Erfordernisse nicht entgegenstehen.“ Dieser Absatz steht in Spannung zu Absatz 1, denn er wirft die Frage auf, inwiefern Lehrkräfte ihrer dort formulierten Pflicht nachkommen können, wenn sie geeignete (auch)

ganztägige Angebote, für die sie eine Dienstbefreiung benötigen, nicht nutzen können.

Wenn die Dienstbefreiung verwehrt werden soll, muss die Schulleitung die dienstlichen Erfordernisse begründen. Die Vermeidung von Unterrichtsausfall ist dafür nicht ausreichend, denn durch rechtzeitige Vertretungsregelungen können Lehrkräfte auch an ganztägigen Fortbildungen teilnehmen, ohne dass Unterricht ausfallen muss. Es kann nicht angehen, dass sie am Feierabend, am Wochenende oder in den Ferien stattfinden müssen. Fortbildungen sind kein Freizeitvergnügen, sondern unverzichtbare Voraussetzung für guten Unterricht (siehe auch S. 26 bis 27).

Lehrkräfte sind ohnehin schon über die Maßen belastet. Wenn sie auch noch Freizeit oder Urlaub für Fortbildung aufwenden sollen, geht dies zulasten der Gesundheit und der Unterrichtsqualität. Unterrichtsausfall und Lehrkräftemangel können nicht dadurch kompensiert werden, dass die Rechte von Lehrkräften weiter beschnitten, sie noch weiter belastet und im Bildungsbereich weiter Mittel gekürzt werden. Dass dies eher den gegenteiligen Effekt hat, kann man sich leicht ausrechnen.

Auch Personalräte können auf der Grundlage des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) Einfluss nehmen. Nach § 77 Abs. 1 Punkt 5 hat der Personalrat ein Mitbestimmungsrecht bei „allgemeinen Grundsätzen der [...] Fortbildung der Beschäftigten“. Der Personalrat kann einen Initiativantrag nach § 67 in Verbindung mit § 77 Abs. 1 zur Erweiterung, Änderung oder Neufassung des Fortbildungsplans der Schule auf den Weg bringen. Der schulinterne Fortbildungsplan muss allen Beschäftigten zugänglich sein. Über „Vorschläge für den schulischen Fortbildungsplan“ beschließt nach § 133 Abs. 1 Punkt 15 des Hessischen Schulgesetzes die Gesamtkonferenz.

Von A bis Z: Informationen der Landesrechtsstelle

Die Landesrechtsstelle versorgt die Mitglieder der GEW mit umfassenden, aktuellen und nützlichen Informationen zu allen Fragen des Dienst- und Arbeitsrechts – von A wie Arbeitszeit bis Z wie Zusatzversorgung. Eine Übersicht und die Möglichkeit zum Nachlesen und Downloaden findet man auf der Homepage der GEW Hessen unter den Überschriften „Tarif“ und „Recht“.

Schon auf der Startseite www.gew-hessen.de kann man sich mit dem Button „Login“ für den Mitgliederbereich einloggen. Dazu benötigt man neben dem Nachnamen die Mitgliedsnummer. Die findet man auf jeder Ausgabe der



4400123456

.....

Login

GEW-Bundeszeitschrift E & W oder auf dem Kontoauszug für den GEW-Mitgliedsbeitrag. Danach hat man vollen Zugriff auf den passwortgeschützten Mitgliederbereich der GEW Hessen.



Broschüren



Boni für Mitglieder



Arbeitsrecht



Arbeitszeit | Schule



Beamtenrecht



Beihilfe

Altersermäßigung: Kürzung geplant

Die Belastung älterer Lehrkräfte im Unterricht soll weiter erhöht werden

Die Regierungskoalition von CDU und SPD plant, die Zahl der von Lehrkräften nach Vollendung des 55. Lebensjahrs zu leistenden Unterrichtsstunden zu erhöhen. Die Absicht, die bestehenden „Anrechnungen aus Altersgründen“ in § 9 der Pflichtstundenverordnung (PflStdV) zu verschlechtern, findet sich versteckt in dem Entwurf eines Artikelgesetzes „zur Einführung der Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften“, das am 21. April von den Fraktionen von CDU und SPD in den Landtag eingebracht wurde.

Pflichtstundenverordnung § 9

Lehrkräfte erhalten bisher eine Altersermäßigung von einer Pflichtstunde ab dem Schuljahr nach Vollendung des 55. Lebensjahrs und von zwei Stunden nach Vollendung des 60. Lebensjahrs. Diese Erleichterung ist an die Zahl der tatsächlich erteilten Unterrichtsstunden gebunden. Alle Deputate, die die Zahl der Unterrichtsstunden von Schulleitungsmitgliedern oder Lehrkräften, die besondere außerunterrichtliche Aufgaben übernommen haben, reduzieren, werden nicht berücksichtigt.

Altersermäßigung berücksichtigt hohe Belastungen im Unterricht

Berechtigung und Notwendigkeit der Altersermäßigung beruhen also ausschließlich auf der hohen Belastung durch die Unterrichtstätigkeit. Besonders eindrucksvoll sind die Ergebnisse einer Studie der Universität Lüneburg: Die Belastung durch rund 200 Entscheidungen, die eine Lehrkraft in jeder Unterrichtsstunde treffen muss, um auf Fragen, Störungen und Probleme einzelner Schülerinnen und Schüler einzugehen, ist danach mit der von Fluglotsen zu vergleichen. Die Altersermäßigung ist also kein „Privileg“, sondern ein Beitrag zum Erhalt der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit älterer Kolleginnen und Kollegen.

Geplante Kürzungen und Übergangsregelungen

Nach dem Gesetzentwurf soll die Altersermäßigung zukünftig wie folgt geregelt werden:

- Die Altersermäßigung von einer Pflichtstunde ab Vollendung des 55. Lebensjahrs entfällt.
- Die Altersermäßigung von insgesamt zwei Pflichtstunden ab Vollendung des 60. Lebensjahrs wird auf eine Stunde gekürzt.
- Ab dem Schuljahr nach Vollendung des 62. Lebensjahrs beträgt die Altersermäßigung dann zwei Stunden.
- Ab dem Schuljahr nach Vollendung des 64. Lebensjahrs beträgt die Altersermäßigung drei Stunden.

Alle Angaben beziehen sich auf eine Unterrichtstätigkeit von mehr als drei Viertel der jeweiligen wöchentlichen Pflichtstundenzahl. Liegt die Zahl der Unterrichtsstunden darunter, mindestens aber bei mehr als der Hälfte der Pflichtstundenzahl, wird die Ermäßigung halbiert.

Die neuen Regelungen zur Altersermäßigung sollen zeitnah in Kraft treten und damit bereits für das nächste Schuljahr gelten. **Keine Änderungen** soll es für die Lehrkräfte geben, die „vor dem 1. August 2025 das 55. Lebensjahr vollendet haben“.

Für Lehrkräfte, die also schon jetzt im Schuljahr 2025/2026 eine Altersermäßigung bekommen, gilt § 9 der Pflichtstundenverordnung weiter in der bisherigen Fassung. Lehrkräfte, die im laufenden Schuljahr 2025/2026 das 55. Lebensjahr vollenden, gehen also vorerst leer aus.

Die GEW lehnt diese Verschlechterungen ab. Der GEW-Vorsitzende Thilo Hartmann verwies auf die gegenüber anderen Bundesländern hohe Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte und forderte die Landesregierung auf, von ihrem Vorhaben abzulassen: „Statt die

Arbeitszeit der Lehrkräfte erneut zu verlängern, muss das Kultusministerium endlich die längst überfällige Arbeitszeiterfassung von Lehrkräften auf den Weg bringen.“ Dann werde erneut deutlich werden, „dass eine generelle Reduzierung der Pflichtstundenzahl notwendig ist“.

Minimale, eher kosmetische Verbesserungen sieht das Artikelgesetz bei den seit Jahrzehnten unveränderten **Schuldeputaten** vor. In § 6 sollen die Sockeldeputate für Grundschulen, gymnasiale Oberstufen, Abendgymnasien, Hessenkollegs und berufliche Schulen um 0,5 Stunden pro Schule erhöht werden. Alle anderen Schulformen gehen leer aus.

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft **GEW**
Hessen

MIT DIR FÜR DIE SENKUNG DER PFLICHTSTUNDEN

Mach mit!
Werde Mitglied.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen | Bornweg 12, 60528 Frankfurt | info@gew-hessen.de | www.gew-hessen.de

Wir gratulieren im Juni...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Ruth Bodenbender, Fronhausen
Ulrich Faudt, Weiterstadt
Susanne Hüttig, Hofheim am Taunus
Kerstin Laun-Parwareschnia,
Ginsheim
Martin Neumann, Mainz-Kostheim
Mehmet Özcan, Gießen
Era Orf, Seeheim-Jugenheim
Ursula Petersen, Kassel
Dagmar Reh-Lotzkat,
Oberursel-Oberstedten
Erika Schilling, Darmstadt
Beate Schweitzer, Wettengel
Andreas Stähler, Niedernhausen
Michael Vorreiter, Heidesheim

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Rosemarie Bayer, Darmstadt
Klaus Becker, Frankfurt
Ursula Bös, Frankfurt
Gerd Bohlen, Frankfurt
Helmut Bongardt, Hanau
Gerhard Cuntz, Mühlthal
Walter Frey, Wiesbaden
Elisabeth Gröschner-Lacour, Lich
Gertrud Gutmann, Frankfurt
Wolfram Hanreich, Hanau
Marion Hemme-Kreutter, Marburg
Kristiane Helmke-Kraft, Neu-Anspach
Otto-Paul Holzinger, Karben
Peter Kahnt, Groß-Zimmern
Manfred Killmer, Aßlar
Hubert Lauer, Fulda
Leopold Lukaschik, Gießen
Margot Maibach, Frankfurt
Hanne Müller-Arnke, Darmstadt

Bernd Nürnberg, Darmstadt
Monika Reger, Kassel
Renate Schmidt, Kirtorf
Peter Semrau, Erlensee
Ulrich Simonis, Rodgau
Karin-Christa Stiehl, Kassel
Eckhardt Wagner, Kassel
Brigitte Warnke-Kilian, Kassel

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Hartmut Bärz, Kelkheim
Gerhard Bruckmann, Darmstadt
Klaus Dürr, Kelsterbach
Elisabeth Heigl, Hanau
Waltraud Hillmann, Haiger
Klaus Iffland, Freigericht
Margarita Kroh, Dreieich
Inge Schirmacher-Kaiser,
Fulda

Horst Schmidt, Worms
Werner Schurr, Hohenstein
Roswitha Seubert, Bad Vilbel
Claudia Steffens-Hausmann,
Wiesbaden
Guido Steffens, Traben-Trarbach
Werner Stumpf, Groß-Zimmern
Hermann Volz, Glashütten
Brigitte Wolni, Pohlheim

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Ingrid Bourcarde, Gießen
Arno Grieger, Reinheim
Jürgen Weßling, Darmstadt

... zur 65-jährigen Mitgliedschaft:

Manfred Heuser, Herborn
Heinz Uhlendorf, Frankfurt

LesePeter im Juni 2026



Mit dem LesePeter zeichnet die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW (AJuM) in jedem Monat ein besonderes Kinder- und Jugendbuch aus. Der LesePeter geht im Juni 2026 an das Jugendbuch „Please Unfollow“ von Basma Hallak. Die 17-jährige Sherry befindet sich in einem Camp für straffällige Jugendliche. Seit dem Tag ihrer Adoption haben Sherrys Eltern jede Einzelheit aus ihrem Leben mit einem Millionenpublikum auf YouTube geteilt – immer auf der Suche nach neuen Followern. „Please Unfollow“ thematisiert Sherrys Sehnsucht, endlich sie selbst sein zu können und nicht performen zu müssen. Die ausführliche Rezension mit pädagogischen Hinweisen findet man unter www.ajum.de.

Basma Hallak: Please Unfollow. Arc'tis Hamburg 2025. 416 Seiten, 19 €, ab 14 Jahre

Digitaler Schuljahresplaner

Dieser Ausgabe der HLZ ist der Wandkalender der GEW für das Schuljahr 2026/2027 beigelegt. GEW-Mitglieder finden den digitalen Schuljahresplaner auf der Homepage der GEW: www.gew-hessen.de > Recht > Mitgliederbereich



Mich bitte nicht nennen!

Sie blicken auf eine sehr lange GEW-Mitgliedschaft von 40 oder mehr Jahren zurück? Aber Sie möchten nicht, dass Ihr Name in der Liste der Jubilarinnen und Jubilare in der HLZ genannt wird? Dann teilen Sie uns dies einmalig per Post oder E-Mail mit:

- GEW Hessen, Mitgliederverwaltung, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt
- E-Mail: mitgliederverwaltung@gew-hessen.de

Bitte teilen Sie uns auch mit, wenn sich Ihre Adresse, die Bankverbindung oder der Stellenumfang ändern oder wenn Sie in den Ruhestand eintreten.

HLZ: Papier oder digital?

Mitglieder, die auf die gedruckte HLZ verzichten wollen und die digitale Version bevorzugen, können sich auf der Internetseite der GEW melden. Sie erhalten dann jeweils nach Drucklegung eine Mail mit dem Link zur digitalen Ausgabe. Der Zeitungsstopp schließt auch die Bundeszeitung E&W ein, die man ebenfalls digital lesen kann.

- Die Mitteilung zum Zeitungsstopp können Sie uns per E-Mail schicken (mitgliederverwaltung@gew-hessen.de) oder ganz bequem auf der Homepage der GEW Hessen eintragen: www.gew-hessen.de/zeitungsstopp

GEW begrüßt 1.200 neue LiV

Am 4. Mai startete der Vorbereitungsdienst für 1.200 neue Referendar:innen. Die GEW Hessen begrüßte die neuen Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) und forderte die Landesregierung auf, die Bedingungen in der Lehrkräfteausbildung zu verbessern. Der Einstellungsstopp für Ausbilderinnen und Ausbilder müsse zurückgenommen und der mindestens 21-monatige Vorbereitungsdienst mit einer bewertungsfreien Einführungsphase erhalten werden.

Um den Beruf der Lehrkraft attraktiver zu machen, müsse die Vergütung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst deutlich angehoben werden. Die Anwärterbezüge in Hessen liegen bei rund 1.770 Euro brutto und damit auf einem viel zu niedrigen Niveau. Auch die LiV müssen die gestiegenen Lebenshaltungskosten stemmen.

Und bitte weiter sagen: Der Mitgliedsbeitrag für LiV beträgt nur 4 Euro im Monat und umfasst alle Leistungen der GEW von der Rechtsberatung über den beruflichen Rechtsschutz bis zur Berufshaftpflichtversicherung.

- Praxisorientierte Informationen zum Vorbereitungsdienst, alle relevanten rechtlichen Grundlagen und Beiträge zu aktuellen pädagogischen Themen findet man in der neuen Ausgabe von LiV Spektrum, dem „verlässlichen Begleiter für alle LiV in Hessen“. LiV Spektrum findet man als E-Paper und als Download unter: www.gew-hessen.de/liv-spektrum



Personalräte- und Vertrauensleutekonferenz der GEW Nordhessen

Über 80 schulische Personalräte und Vertrauensleute trafen sich Mitte März bei einer Konferenz des Bezirksverbands Nordhessen zum Thema „Arbeitszeiterfassung und Mehrarbeit im Kontext gewerkschaftlichen Handelns“ im Haus der Jugend in Kassel. Vorträge von Martin Gertenbach zur Bedeutung der Gewerkschaften und Jens Zeiler zu den Themen Arbeitszeiterfassung und Mehrarbeit bildeten die Grundlage für intensive Diskussionen in den sich anschließenden Arbeitsgruppen. Die Arbeitszeiterfassung ist zwar inzwischen gesetzlich vorgeschrieben, doch wei-

gert sich das Land Hessen, diese rechtlichen Vorgaben und entsprechende Gerichtsurteile umzusetzen, wohl wissend, dass eine Erfassung der Arbeitszeit die Mehrarbeit der Beschäftigten in Schule sehr deutlich dokumentieren würde. Allerdings äußerten Teilnehmende auch die Sorge vor einer möglicherweise missbräuchlichen Nutzung der Daten und forderten eine unkomplizierte Umsetzung. Diskutiert wurde ebenfalls die teilweise irreguläre Praxis der Anordnung von Mehrarbeit in den Schulen und wie der Zuvielarbeitsentgegenwirken kann.

Fulda stellt sich quer

Mit einer Demonstration und einem Demokratiefest protestierte die GEW Ende März in einem zivilgesellschaftlichen Bündnis aus DGB, Landesausländerbeirat, LandesFrauenRat, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen gegen die Neugründung der AfD-Jugend Hessen in Fulda-Johannesberg. Die AfD-Jugendorganisation „Generation Deutschland“ schließe nahtlos an die als gesichert rechtsextrem eingestufte AfD-Jugend an. Um gerade die junge Generation für die Gefahren rechtsextremer Ideologien zu sensibilisieren, müsse die Demokratiebildung gestärkt und das Hessische Demokratieförderungsgesetz auf den Weg gebracht werden, das CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt haben. Vor dem Demokratiefest segnete der Fuldaer Bischof Michael Gerber Teilnehmerinnen und Teilnehmer katholischer Jugendverbände und bestärkte sie in ihrem Einsatz für gesellschaftlichen Zusammenhalt: „Christen müssen früh und klar für Demokratie, Menschenwürde, Religionsfreiheit und die freiheitliche Ordnung eintreten.“

Jugendmedientag 2026

Am 12. November 2026 gibt es wieder einen Jugendmedientag als gemeinsame Veranstaltung von ARD, ZDF und Deutschlandfunk mit Präsenzveranstaltungen und digitalen Angeboten für Schülerinnen und Schüler aller Schulformen ab der 8. Jahrgangsstufe.

- Weitere Informationen: www.jugendmedientag.net

Schule zeigt Haltung

In wenigen Wochen schlossen sich mehr als 250.000 Menschen der Online-Petition „Schule zeigt Haltung – Lehrkräfte stärken gegen Hass und Hetze“ an. Unter dem Titel „Schule zeigt Haltung – Mythos Neutralität“ veröffentlichte das Bündnis jetzt eine ausführliche Broschüre zur Stärkung der Lehrkräfte, die unter dem Kampfbegriff der „Neutralität“ immer häufiger Angriffen auf die pädagogische Freiheit und ihre demokratische Verantwortung ausgesetzt sind. Träger des Bündnisses sind die Deutsche Vereinigung für politische Bildung, Bundesschülerkonferenz, GEW, Teachers for Future, Greenpeace und Eltern gegen rechts. Die Broschüre dokumentiert rechtliche Grundlagen und gibt praktische Tipps für den Unterricht.

- Download: <https://schule-zeigt-haltung.org>



Du warst von 2017 bis 2021 im Team mit Birgit Koch Vorsitzende der GEW Hessen. Welche Erfahrungen aus dieser Zeit beschäftigen dich noch heute?

Unser größter Erfolg war die Entgeltordnung für Lehrkräfte. Die Erfahrungen aus Hessen helfen mir heute, auch die Systematik des TV-L besser zu verstehen und Kolleginnen und Kollegen meiner Schule auch bei der Eingruppierung zu beraten. Gerade für Lehrkräfte ohne Lehramt, die in Hessen früher dauerhaft in der E5 feststeckten, zahlen sich praktisches Handeln in Schule, Fortbildung und Weiterqualifizierung endlich aus. Nicht so positiv erinnere ich mich an die Diskussionskultur der hessischen GEW, weil Konflikte oft ins Persönliche, manchmal auch ins Verletzende gegangen sind. Da hätte ich mir mehr Sachlichkeit gewünscht.

Du hast dich 2021 entschieden, deinen Lebensmittelpunkt nach Bremen zurückzuverlegen. Wie geht es dir?

Ganz persönlich wollte ich gern bei meinen Eltern sein, um noch eine gute Zeit mit ihnen zu erleben. Ihr wisst ja, dass ich in Bremen zunächst Pressesprecherin der Bildungssenatorin Sascha Karolin Aulepp (SPD) war. Da wollte ich was Neues ausprobieren, was man bildungspolitisch in der Verwaltung bewegen kann. Da ist ein bisschen Ernüchterung eingetreten, aber es war eine wichtige Erfahrung und ich bereue es nicht, nach Bremen gegangen zu sein. Es bleibt ja eine enge Verbundenheit in die Rhein-Main-Region. Mein Sohn studiert in Frankfurt, ich spiele mit meinem Team Beachhandballturniere bei meinem alten Handballverein, der TSG Münster, es gibt Freundinnen und Freunde in Hessen – und ich lese natürlich die HLZ.

Dich hat es aus der Bildungsverwaltung schnell wieder in die Schule gezogen. Nicht verwunderlich, denn du hast als Landesvorsitzende immer unterrichtet und ausgestrahlt, dass das ein toller Beruf ist. Was machst du schulisch heute?

Ja, Unterricht ist für mich das Leuchten in den Augen junger Menschen, wenn sie eine Erkenntnis gewonnen haben und Lust haben, sich in ein Thema

reinzuhängen. Und ich habe das große Glück, jetzt am Gymnasium Links der Weser zu arbeiten, das wie die Carl-von-Weinberg-Schule, meine Schule in Frankfurt, Schwerpunktschule auch für Leistungssport ist. Sport bietet gerade Schülerinnen und Schülern, die von der Schule frustriert sind, Erfolgserlebnisse, Teamgeist und Motivation! Meine Schule ist „Eliteschule des Fußballs“, hat aber vor allem auch ein großes Breitensportliches Angebot für alle, auch im Ganztage und in Kooperation mit den Vereinen im Quartier: Bewegung, Fitness, Gesundheit ...

Für die einen ist Bremen das Schlusslicht bei Bildungsvergleichsstudien, für die anderen ein Vorbild in Sachen Schulreform und Inklusion. Wo siehst du die Schulen in Bremen?

Wir hatten gerade einen pädagogischen Tag mit einem Vortrag über Kinderarmut in Bremen. Es gibt Parallelen zu den Schulen im Rhein-Main-Gebiet, aber Armut hat hier nochmal eine andere Dimension. Und sie betrifft fast alle Schulen. Deshalb haben sie sich schon früher aufgemacht, um allen Kindern ein Angebot zu machen. Ich habe an keiner Schule in Frankfurt im Bereich Inklusion eine so gute Ausstattung erlebt! Auch bei der Zuweisung von Lehrkräften und Verstärkungsmitteln je nach der sozialen Zusammensetzung der Schüler:innenschaft ist Bremen viel weiter als Hessen.*

Du bist uns als Verfechterin des gemeinsamen Lernens und der integrierten Gesamtschule in Erinnerung. Jetzt bist du stellvertretende Schulleiterin eines Gymnasiums ...

Ich wusste, dass ihr das fragt. In Bremen sind alle Gymnasien verpflichtet, sich zu inklusiven Schulen zu entwickeln und das Sitzenbleiben ist abgeschafft. Alle Schüler:innen sollen gefördert und zu einem Abschluss geführt werden, auch an den Gymnasien. Ein „Abschulen“ – wie ich es aus Hessen kenne – gibt es nicht. Das verändert vieles. Deshalb arbeiten wir an meiner Schule mit vielfältigen Förder- und



(Foto: privat)

Maike Wiedwald: „Die enge Verbundenheit nach Hessen bleibt.“

Förderangeboten und einer EG-Differenzierung in sechs Fächern.

Und wie fühlt sich Schulleitung für eine engagierte Gewerkschafterin an?

Ja, schon manchmal wie beim Sandwich. Aber ich hoffe, dass ich es einigermaßen hinbekomme, den Anliegen der Kolleg:innen gerecht zu werden. Auch wenn meine Rolle im Ausgleich der Bedürfnisse von Lernenden und Lehrenden jetzt eine andere ist. Ein bisschen besorgt bin ich, was die große, vom Senat initiierte Arbeitszeitmessung an zehn Bremer Schulen mit dem Ziel eines anderen Arbeitszeitmodells angeht. Schaut mal in der nächsten Zeit nach Bremen, ob nur Gutes draus erwächst, denn von der Reduzierung von Arbeitszeit und Arbeitsbelastung ist da gar nicht mehr die Rede ...

... ganz anders als bei der GEW-Studie zur Arbeitszeit von Lehrkräften in Frankfurt, die in deiner Zeit als Landesvorsitzende von dem Team um Frank Mußmann erstellt wurde. Aber wie wirkt sich die hohe Arbeitsbelastung für dich ganz persönlich aus: Bleibt bei all dem noch Zeit für private Interessen?

Auch da spielt der Sport weiter eine große Rolle. Als Handballtrainerin im Verein habe ich mit sieben, acht Mädchen angefangen, jetzt gibt es schon fünf komplette Mädchenteams.

Liebe Maike, wir wünschen dir für all das, was dich umtreibt, eine glückliche Hand und alles Gute.

* Nach dem Gespräch wurden auch in Bremen Kürzungspläne für den inklusiven Unterricht bekannt (www.gew-hb.de).

Betr.: HLZ 3-4/2026

Meldung: Neuregelung der Besoldung angekündigt

Der Amtseid gilt nicht für alle. Stellen Sie sich einmal vor, eine Lehrkraft würde gegen eine Rechtsvorschrift verstoßen. Eine Lehrkraft weigert sich seit elf Jahren, die Rechtschreibung von Schülerinnen und Schülern zu bewerten, obgleich sie natürlich dazu verpflichtet ist. Die Lehrkraft würde das z. B. mit Arbeitsüberlastung begründen. Obgleich das Schulammt die Lehrkraft bereits ermahnt hat und auf die Notwendigkeit der Rechtschreibkorrektur hingewiesen hat, weigert sich die Lehrkraft nach wie vor, rechtskonform zu handeln. Auch die Hinweise auf den Amtseid und die Dienstpflicht fruchten bei der Lehrkraft nicht. Sie hat sogar angekündigt, auch im nächsten Halbjahr aufgrund der Arbeitsbelastung weiterhin keine Rechtschreibkorrektur vornehmen zu können. Ein Donnerhall wäre sicher - und vermutlich auch disziplinarische Maßnahmen.

Ersetzen Sie „Rechtschreibkorrektur“ durch „amtsangemessene Besoldung“, „Arbeitsbelastung“ durch „knappe Kassen im hessischen Haushalt“, „Lehrkraft“ durch „Landesregierung“ und „Schulammt“ durch „Hessischen Verwaltungsgerichtshof“. Alternativ kann man „Rechtschreibkorrektur“ auch durch „Arbeitszeiterfassung“ ersetzen.

Werner Fischer

IMPRESSUM

HLZ Mitgliederzeitschrift der GEW Hessen
ISSN 0935-0489

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt am Main
Telefon: 069-971 293-0
Fax: 069-971 293-93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Redaktion:

Katja Pohl (verantwortlich)
E-Mail: kpohl@gew-hessen.de
Dr. Roman George
Telefon: 069-971 293-20
E-Mail: rgeorge@gew-hessen.de

Gestaltung: Harald Knöfel

Titelthema: Roman George & Katja Pohl

Mitarbeit: Christoph Baumann (Bildung), Sascha Wellmann (Hochschule), Stefan Edelmann (Bildung), Harald Freiling (Service), Dr. Andrea Gergen (Aus- und Fortbildung), Michael Köditz und Steve Kothe (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Dana Lüddemann (Gewerkschaftliche Bildung), Andreas Werther (Sozialpädagogik), Peter Zeichner (Mitbestimmung)

Illustrationen: Alle GEW Hessen, Science Center Wetzlag gGmbH/artXmedia und WITTE (S. 8)

Fotos: Alle GEW Hessen, außer: GRIMMWELT Kassel/ Nicolas Wefers (Titel, S. 15), Kinder- und Jugendfarm Dreieichhörnchen (S. 6), IJB gemeinnützige Gesellschaft für Integration, Jugend und Berufsbildung mbH (S. 7), Jüdisches Museum Frankfurt (S. 10), Gedenkstätte Hadamar (S. 11), Jan Bosch (S. 12), Hessischer Landtag (S. 13), BüchnerFindetStatt (S. 14), Museum Wiesbaden (S. 16), Katrin Schander (S. 17), Helga Roth (S. 30)

Verlag: Die HLZ erscheint im Eigenverlag der GEW Hessen.

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt a. M.

Zuschriften: Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Autorinnen und Autoren stimmen einer Veröffentlichung ihrer Beiträge auf der Homepage der GEW Hessen zu.

Redaktionsschluss: 5. Mai, für die folgenden Ausgaben: 5. Juni für Juli/August, 1. August für September/Oktober, 5. Oktober für November

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige analoge oder digitale Vervielfältigungen sowie Übersetzungen, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlags.

Druck:

Thiele & Schwarz GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7
34123 Kassel



gemeinnützige
Bildungsgesellschaft
der GEW Hessen



lea bildet ...

PR-Schulung: Einstieg und Auffrischung

17. August 2026, Darmstadt
18. August 2026, Fulda
31. August 2026, Frankfurt

Stadtrundgang: Sport im Nationalsozialismus

17. August 2026, Frankfurt

Chancen und Risiken der Künstlichen Intelligenz

18. August 2026, Marburg

Endspurt: Pensionierung und Beamtenversorgung

19. August 2026, Frankfurt

Deutungshoheiten multiperspektivisch hinterfragen

19. August 2026, Online

Die Kraft der Empathie (nach Marshall B. Rosenberg)

20. August 2026, Online

Maschinenschein Holzbearbeitungsmaschinen

21.–22. August 2026, Petersberg (Hessen)

Grundlagenschulung Kommunikation für Personalräte

25. August 2026, Frankfurt
27. August 2026, Darmstadt

Die Synagoge Friedberger Anlage in Frankfurt: Hochbunker, Gedenkstätte und Ausstellungen im Unterricht

25. August 2026, Frankfurt

Die Bildungsinitiative Ferhat Unvar: Zur antirassistischen Arbeit im Schulalltag

25. August 2026, Hanau

Mathematik lernen mit interaktiven Experimenten: Einführung in das Mathematikum Gießen

25. August 2026, Gießen

„Nicht mit mir...“ Rechte von Lehrkräften

25. August 2026, Darmstadt

Maschinenschein Intensivkurs

26.–27. August & 2.–3. September 2026, Hanau

Beteiligungsrechte des Personalrats umsetzen

26. August 2026, Frankfurt

Rechtsfragen I B (Arbeitszeit):

Teilzeit, Dienstpflichten und Mehrarbeit

27. August 2026, Fulda

Burnout-Prävention und Yoga-Techniken für Lehrkräfte

28. August 2026, Wiesbaden

Einführung in die Gewaltfreie Kommunikation

31. August 2026, Kassel

Zwischen den Stühlen: Jugendliche mit Migrations- hintergrund in der Identitätsfindung unterstützen

31. August 2026, Online

Das solidarische Wien: Engagement, Gewerkschaften und Antifaschismus in Österreich

11.–16. Oktober 2026, Wien

Aktuelle Änderungen, neue Veranstaltungen
und das vollständige Programm finden Sie unter:

www.lea-bildung.de

Anmeldung

Tel. 069 97 12 93-27

Fax 069 97 12 93-97

Online www.lea-bildung.de

E-Mail anmeldung@lea-bildung.de